

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Schriftföhrer:
J. K. C. Geyer
Sprechstunde: **Montag 4194, 4196**



Redaktion für Verlag und Schriftföhrung:
Berlin 62 61, Zehn-Kilometer-Post 6
Druckerschrift: **Georgius**

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Zustimmung geföhrt. Abdruckung bedarf 4 Wochen
vor dem Drucktermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Copyrightvermerk für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 14. Sept. 1932.

Int. Ins. Ituat
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Kampf für Arbeiterrechte.

15. September und Volksbegehren.
Von S. Aufhäuser.

SPD. Die deutschen Herolde des Faschismus hatten den sozialen Entrechteten und Enterbten ein neues drittes Reich angekündigt. In Wirklichkeit ist auf dem Rücken der Naziwähler Feudalismus und Monopolkapitalismus, das heisst eine in der Gesellschaft fast wurzellos gewordene Schicht noch einmal zur Staatsmacht emporgestiegen. Die Hitlerlandsknechte mussten erst die Zerschlagung der Demokratie und die Lahmlegung des Parlaments herbeiföhren, um eine vom Volke unabhängige Regierung in den Sattel heben zu können. Aller Streit um die rechtliche Auslegung der Verfassung, wie er in diesen Tagen zwischen Feudalen und Faschisten tobt, ändert nichts an der geschichtlichen Tatsache, dass Hitler für das Zustandekommen der heutigen Reichsregierung verantwortlich ist und umgekehrt die Förderung der "aufbauwilligen" Nazikräfte das Verdienst des Kabinetts Papen bleibt. Für die Arbeiterklasse aber gibt es hier kein kleineres Uebel. Sie befindet sich gegenüber zwei Diktaturmethoden im Stadium des verschärften Klassenkampfes.

Die Zuspitzung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse wird durch die Verordnungen der Reichsregierung vom 4. und 5. September gekennzeichnet. Der 15. September, an dem der verkündete Lohnabbau beginnen soll, ist ein schwarzer Tag der Republik. Nachdem die üblichen Heilungsmittel des Kapitalismus zur Ueberwindung von Krisen nicht mehr wirken, wird versucht, durch ein gewagtes Experiment die zusammengebrochenen privaten Betriebe mit Steuergeschenken und Lohnabbau noch einmal aufzupumpen. Wiederum werden gewaltige Kredite der öffentlichen Hand zur weiteren Aufblähung eines Produktionsapparates gegeben, der heute schon in keinem Verhältnis mehr zum Absatz steht. Der Massenverbrauch aber wird durch den verordneten Lohnabbau weiter und unerträglich gesenkt. Eine solche weitere Verkümmernng des Binnenmarktes und die von der Reichsregierung geübte Absperrung in der Handelspolitik können nimmermehr eine Belebung der Wirtschaft bringen. Die verhängnisvolle Verordnung birgt vielmehr die Gefahr in sich, dass selbst bei einem Anziehen der Weltkonjunktur der Anschluss Deutschlands an die wirtschaftliche Besserung verpasst wird. Wirtschaftlich ist diese Verordnung nicht zu verstehen. Wohl aber entspricht die vorgenommene Generaloffensive gegen die Arbeiterrechte dem längst gehegten Wunsch der organisierten Unternehmer. Die durch die Weimarer Verfassung gewährleistete Unabhängigkeit der Tarifverträge wird ausgehöhlt und damit freie Bahn für den Lohnabbau geschaffen. Die von Regierungsseite gefundene künstliche Rechtskonstruktion, dass es auch gegenüber tarifvertraglich vereinbarten Löhnen durch Notverordnung eine "ermässigte Erfüllungspflicht" geben könnte, zeigt bereits die Unhaltbarkeit dieser ganzen Verordnung. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten werden sich gegenüber diesem Lohnraub mit allen Mitteln zu wehren wissen. Dieser Teil der Verordnung wird aber auch schon an tausend Zweifelsfragen und inneren Widersprüchen scheitern müssen.

Es ist bezeichnend für den Kurs der Regierung, dass sie das Prinzip der freien Wirtschaft feiert und gleichzeitig die Freiheit der am kollektiven Lohnvertrag beteiligten Arbeitnehmer aufheben und zum staatlichen Lohndiktat übergehen will. Es bleibt auch das Geheimnis der autoritär konservativen Reichsregierung, wie sie es mit den Grundsätzen der Verfassung in Einklang bringen will auf Grund des Artikel 48 eine Ermächtigung des Reichspräsidenten zur grundlegenden Änderung des gesamten Arbeitsrechts und der Sozialversicherung herleiten zu wollen. Der von der Sozialdemokratie beantragte Volksentscheid über diesen Teil der Verordnung wird die breite Front aller Arbeiter, Angestellten und Werktätigen gestalten, gegen deren Willen auch keine diktatorische Staatsgewalt bestehen kann. Angesichts der klaren Fragestellung des sozialdemokratischen Volksbegehrens, ob die heute kapitalistisch ausgebeutete Arbeitskraft unter dem Schutz des Staates stehen oder vogelfrei gemacht werden soll, wird weder kommunistische Demagogie, noch faschistische Phraseologie verhindern können, dass auch die Millionen der heute noch irregeleiteten Proletarier dem Volksentscheid zum entscheidenden Siege verhelfen werden.

Der Aufstieg und der Niedergang der deutschen Arbeitsschutzgesetzgebung war auch für die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft die Bestätigung dafür dass Demokratie und soziales Recht nicht voneinander zu trennen sind. Die Zurrückeroberung der von der Reaktion geraubten sozialen Errungenschaften wird daher mit dem Kampf um die Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte aufs engste verbunden sein. Die deutsche Wählerschaft hat es erneut in der Hand, das Instrument des demokratischen Parlaments seinen Feinden wiederum zu entreissen und damit auch den Arbeitern und Angestellten ihre demokratische Abwehrwaffen gegen die soziale Reaktion zurückzugeben. Darüber hinaus aber bedeuten die kommenden Wahlen eine Heerschau der proletarischen Kämpfer, die entschlossen sind, der sozialistischen Aktion für den Umbau der heutigen Wirtschaftsverfassung zum Siege zu verhelfen. Herr von Papen hat in seiner letzten Rundfunkrede in Verbindung mit seinem Wirtschaftsplan folgende Mahnung an die Unternehmer gerichtet :

"Misslingt der Plan der Reichsregierung über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben, dann ist das freie Unternehmertum verloren. Dann werden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, welche den Gesamtbereich der Wirtschaft der staatlichen Regelung unterwerfen wollen."

Wir halten diesen Plan für verhängnisvoll, und wir wissen, dass das brennende Problem der Arbeitsbeschaffung für die Millionen der Erwerbslosen durch die Regierung ungelöst bleibt. Wer den Erwerbslosen wieder ausreichend Arbeit geben will, muss bereit sein, eine krisenfeste Wirtschaft aufzubauen. Echte Hilfe für die Erwerbslosen und wirksamen Widerstand gegen den Lohnraub können nur die Millionen der Werktätigen selbst erringen, indem sie sich auf das sozialdemokratische Aktionsprogramm eines konstruktiven Gegenwartssozialismus vereinigen und dafür ihre ganze organisatorische Kraft einsetzen. Reichstagswahl und Volksentscheid müssen zur sozialdemokratischen Mobilmachung der Massen werden. Schafft gegen Reaktion und Not die grosse unüberwindliche Front der Arbeiter und ihr seid frei!

SPD. Breslau, 14. September (Eig. Dr.).

Vor dem hiesigen Sondergericht begann am Mittwoch der Prozess gegen 13 Angeklagte, die sich am 10. Juli, dem Tage der blutigen Zusammenstösse in Ohlau, des Landfriedensbruchs, des Aufruhrs, der Körperverletzung, des Verstosses gegen das Schusswaffengesetz sowie des Widerstands gegen die Staatsgewalt bei einem Zusammenstoss zwischen Reichsbannerleuten und Kommunisten auf der einen Seite und Nationalsozialisten auf der anderen Seite in Kanth schuldig gemacht

haben. Die Angeklagten gehören nur zum Teil der Eisernen Front an. Vier bekennen sich zur Nationalsozialistischen Partei, einige sind Kommunisten und Parteiloose.

Am Sonntag, den 10. Juli, nachmittags 6 Uhr passierte ein Zug von Demonstranten auf Rädern und Wagen die Stadt Kanth. Er kam von Gnischwitz, wo ein letzter Tag stattgefunden hatte, und wollte sich nach Rackschütz begeben. In der Nähe des Kanther Postamts standen an einem Eiswagen etwa 15 bis 20 Nationalsozialisten. Nach der übereinstimmenden Aussage der Angeklagten beider Parteien hatte der Führer des Zuges gerufen: "Nicht provozieren, weiter fahren!" Als schon ein Teil des Zuges die Gruppe der Nationalsozialisten passiert hatte, kam es zum Zusammenstoß. Sofort erhob sich eine wilde Schiesserei. Die Verhandlung soll ergeben, ob auch von seiten der Demonstranten geschossen worden ist. Fest steht jedenfalls, dass der Führer der Kanther SA, der sich unter den Angeklagten befindet, mit einem Revolver mehrere Schüsse abgegeben hat. In das Arnold'sche Haus, in das sich die Nationalsozialisten zurückgezogen hatten, drangen Angehörige des Zuges ein. Auch wurden die flüchtenden SA-Leute durch die Stadt verfolgt; es gab auf beiden Seiten Verwundete. Der Reichsbahnemann Erdmann Tilke erhielt einen Bauchschuss, an dessen Folgen er starb. Zu der Verhandlung, die unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kempf vor dem Breslauer Sondergericht stattfindet, sind 98 Zeugen geladen. Die Verhandlungsdauer ist auf drei Tage festgesetzt.

SPD. Das Schreiben des Reichstagspräsidenten an Reichspräsident von Hindenburg ist durch den Staatssekretär des Reichspräsidenten mit folgendem Brief beantwortet worden:

"Sehr geehrter Herr Reichstagspräsident! Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 13. September 1932 zu bestätigen. Unter Hinweis auf sein gestern an Sie gerichtetes persönliches Schreiben lässt Ihnen der Herr Reichspräsident mitteilen, dass die nach Uebergabe der Auflösungsverordnung vom Reichstag noch gefassten Beschlüsse verfassungswidrig und somit gegenstandslos sind. Der Herr Reichspräsident beabsichtigt daher nicht, aus diesen Beschlüssen Folgerungen zu ziehen. Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener gez. Dr. Meissner."

Ueber die bereits veröffentlichten Briefe hinaus sind noch einige weitere Schreiben aus dem Reichstage an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichsinnenminister abgegangen. Wie wir hören, handelt es sich dabei aber lediglich um die formelle Mitteilung der Beschlüsse, die der Ueberwachungsausschuss noch gefasst hat, also der Beschlüsse über die Reichstagsauflösung, über den Neuwahltermin und die Presseverbote und über die Haussuchung im Reichstagsgebäude. Die Mitteilungen sind gemäss einem Beschluss des Ausschusses vom Reichstagspräsidenten Göring und dem Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses, dem Abg. Löbe, unterzeichnet.

SPD. Paris, 14. September (Eig. Dratb.)

Die sozialistische Partei hat für die am 16. Oktober stattfindenden Wahlen zum Senat einen Wahlauf Ruf veröffentlicht, in dem die Parteiverbände aufgefordert werden, wie bei den Kammerwahlen zum 1. Wahlgang überall eigene Kandidaten aufzustellen. Im 2. und 3. Wahlgang soll die republikanische Disziplin angewandt werden, d.h. die Parteimitglieder sollen in den Wahlkreisen, in denen der sozialistische Kandidat keine Aussicht auf Sieg hat, für den Kandidaten der anderen Linksparteien stimmen, der die beste Chance besitzt, die reaktionären Kandidaten zu schlagen.

Was das Wahlprogramm selbst anbetrifft, deckt es sich gleichfalls mit dem Programm für die letzten Kammerwahlen. Die Partei fordert die konfessionslose Einheitsschule, verspricht den Schutz der kleinen Landwirte, wünscht den Frieden unter den Völkern und eine bessere Sicherung der Arbeiterrechte gegen die Uebergriffe des Kapitalismus. Auf wirtschaftlichem Gebiete verlangt sie die Nationalisierung aller öffentlichen Betriebe und die Einführung der 40-Stundenwoche. Auf rein politischem Gebiete tritt sie für die Einführung des Volksentscheides, für das Frauenwahlrecht, für die Amnestie und die Abschaffung der Kriegsgerichte ein. Schliesslich verlangt sie die Abschaffung des Senates, weil die Mitglieder dieser Versammlung nicht nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählt werden (wahlberechtigt sind nur die Abgeordneten, die General- und Kreisräte jedes Departements und einige von den Stadtverordnetenversammlungen eigens dazu ernannte Wahlmänner). Bis zur Durchführung dieser Massnahme fordert die Partei, wie es in dem Wahlauf Ruf weiter heisst, die sofortige Beschränkung der Vollmachten des Senates, u.a. die Auferlegung der Verpflichtung, die ihm unterbreiteten Anträge und Gesetzentwürfe nicht unbegrenzte Zeit in seinem Archiv schlummern zu lassen, und die Festsetzung einer Frist, nach der Beschlüsse der Kammer ohne weiteres Gesetz werden. Um dies durchzusetzen, müsse versucht werden, mehr Sozialisten als bisher in den Senat zu wählen.

Es wähnt sei, dass die sozialistische Fraktion im Senat zur Zeit 17 Mitglieder zählt.

CPD. Wie immer, wenn Kommunisten gegen die Sozialdemokratie schimpfen, so befinden sie sich auch diesmal bei ihrem Kampf gegen das von der Sozialdemokratie eingeleitete Volksbegehren gegen Sozialreaktion an der Seite der Unternehmer. In demselben Augenblick, in dem die kommunistische Presse triumphierend erklärt: "Herr von Papen und die Unternehmer werden sich diesen Volksentscheid gern gefallen lassen", beginnt in der bürgerlichen Presse bereits der Feldzug gegen die Zulässigkeit des sozialdemokratischen Volksbegehrens.

In der "Kölnischen Zeitung" (No.502) wird behauptet, das Volksbegehren der Sozialdemokratie widerspreche dem Artikel 73, Absatz 4 der Reichsverfassung, in dem es heisst, dass über den Haushaltplan usw. nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen könne. Das Blatt fügt hinzu - und es scheint damit die Meinung offizieller Stellen wiederzugeben: "Es ist also nicht damit zu rechnen, dass das Begehren auf Aufhebung der sozialpolitischen Ermächtigung zugelassen wird".

Die Kommunisten sind also sehr schnell Lügen gestraft worden. Das Volksbegehren der Sozialdemokratie ist nicht eine Massnahme zur Rettung der Papen-Notverordnung, sondern zum Schutze der Arbeiterklasse vor Tarifbruch und Lohnabbau. Daher macht das Unternehmertum mobil, um der Regierung die Ablehnung des Volksbegehrens nahezu legen. Eine solche Haltung der Reichsregierung zu dem sozialdemokratischen Volksbegehren liesse sich aber weder mit dem Wortlaut noch mit dem Sinn des Artikels 43 der Reichsverfassung rechtfertigen. Das sozialdemokratische Volksbegehren bezieht sich nicht auf den "Haushaltplan". Die "Kölnische Zeitung" glaubt, sich auf den Staatsrechtslehrer Anschütz berufen zu können. Aber sehr zu unrecht. Anschütz schreibt zwar:

"Der Zweck des Absatzes 4 wird nur dann erreicht, wenn man die Begriffe "Haushaltsplan, Abgabengesetz, Besoldungsordnung" weit auslegt und insbesondere unter "Haushaltsplan" nicht bloss das Etatgesetz, sondern jedes Gesetz versteht, das infolge der in ihm angeordneten Einnahmen oder Ausgaben den Staatshaushalt irgendwie wesentlich beeinflusst."

Selbst wenn man Anschütz darin zustimmt, dass die erwähnten Begriffe weit auszu legen seien, so wird dennoch das sozialdemokratische Volksbegehren nicht als ein Haushaltgesetz angesehen werden können. Würde man das tun, so

würde man praktisch jedes Volksbegehren unmöglich machen können. Es gibt kein Gesetz, das nicht irgendwie auf die öffentlichen Finanzen, also auf den Haushaltplan, einwirkt. Anschütz betont deshalb selbst zwei wichtige Einschränkungen. Und zwar müssen die in dem Volksbegehren-Gesetz angeordneten Einnahmen oder Ausgaben den Staatshaushalt direkt und ausserdem wesentlich "beeinflussen". Beides ist aber nicht der Fall. Die sozialpolitischen Teile der Notverordnung, die beseitigt werden sollen, treffen nicht den Staatshaushalt, sondern die selbständigen Einrichtungen der Sozialversicherung, die zum allergrössten Teil mit dem Staatshaushalt überhaupt nichts zu tun haben, bezw. die Sozialpolitik. Der grösste Teil der sozialpolitischen Bestimmungen aber hat überhaupt keine finanziellen Auswirkungen auf den Staatshaushalt; er betrifft nur die privatwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern. Er schafft nur die Grundlage für Tarifbruch und Lohnabbau.

Das sozialdemokratische Volksbegehren muss also zugelassen werden, wenn man die Bestimmungen der Reichsverfassung als rechtsgültig und rechtsverpflichtend ansieht. Für diesen Standpunkt wird die Sozialdemokratie die Kräfte des gesamten werktätigen Volkes einzusetzen wissen, selbst, wenn die Kommunisten ihrer Rolle als Handlanger der Schwerindustrie und der Sozialreaktion treu bleiben.

SPD. Der sogenannte Polizeiuntersuchungsausschuss des preussischen Landtags setzte die Zeugenvernehmungen über die Vorgänge am Skageraktag fort. Die Aktion der Nazis bricht immer weiter zusammen. Es wird immer stärker erhärtet, dass die Nazis eine verbotene Demonstration in der Bannmeile aufziehen wollten und dabei in Konflikt mit der Polizei geraten sind. Zwischen Deutschnationalen und Nazis ist es im Ausschuss zum Krach gekommen, da die Deutschnationalen von der Nazi-Mache abrückten.

SPD. Amsterdam, 14. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die wachsende Entfremdung zwischen Ostindien und dem Mutterland ist das Kennzeichen der jetzt beendigten Session des Indischen Volksrates in Batavia. Gewiss ist der Volksrat ein an sich machtloses Parlament, aber die Oppositionsstimme, die die indische Gesellschaft aller Schattierungen beherrscht, kommt doch in den Debatten der letzten Wochen deutlich zum Ausdruck. Bei dem Bestreben, die Krisenfolgen nicht von Niederland auf Indien abwälzen zu lassen, war von einem Rassengegensatz zwischen Indonesen und Niederländern so gut wie nichts zu bemerken; hier konnte geradezu von einem kolonial-nationalen Zusammenschluss der heterogensten Elemente gesprochen werden. Auch die Indo-Europäer und die Indochinesen lernen unter dem Druck der Not Indien als ihr Vaterland betrachten und der Begriff der Reichseinheit bedeutet für sie etwas Anderes als die Einmütigkeit Niederlands in der kolonialen Ausbeutung. Neben dem Unabhängigkeitsverlangen der indonesischen Nationalisten tritt jetzt deutlich das Home-Rule-Streben derer in die Erscheinung, die wohl die Verbindung mit dem Mutterlande aufrechterhalten, doch nicht für immer Ausbeutungsobjekt bleiben wollen. Die jetzige Krise hat gerade in dieser Hinsicht das Bild der indischen Gesellschaft verändert; wenn die gemässigten nationalen Gruppen der Indonesen mit denjenigen Indo-Europäern und Indo-Chinesen, die auf Home-Rule hinarbeiten, zu einem Kompromiss gelangen, wird Niederland seine heutige Position in Indien kaum mehr lange aufrechterhalten können.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beendete Mittwoch nachmittag ihre zweitägige Erörterung der politischen Lage. Der letzte Punkt galt der Besprechung der Aktion der Reichsregierung in der Wehrfrage. Dazu wurde einstimmig folgende Erklärung angenommen:

"Die Sozialdemokratie hat für Deutschland stets die volle Gleichberechtigung auf dem Boden der allgemeinen Abrüstung gefordert."

Die ehemaligen Gegner Deutschlands sind ihrer Verpflichtung aus dem Versailler Vertrag und dem Völkerbunds-Pakt bisher nicht nachgekommen. Die einseitigen Bestimmungen des Versailler Vertrags sind von uns immer bekämpft worden. Wir protestieren gegen die Politik der kapitalistischen Regierungen, die immer wieder einen entscheidenden Fortschritt in der Abrüstung verhindern.

Die Reichsregierung hält nun den Zeitpunkt für gekommen, für Deutschland die Freiheit zur Ausgestaltung seiner Wehrmacht zu beanspruchen.

Die Sicherheit der Völker kann aber mit den Mitteln der militärischen Rüstung nicht erreicht werden. Insbesondere gilt dies für Deutschland angesichts seiner geographischen Lage und der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte der anderen Länder.

Die Sozialdemokratie hält deshalb die wehrpolitische Aktion der Reichsregierung für verfehlt. Diese Aktion birgt die Gefahr in sich, dass sie den anderen den Vorwand zu einem uferlosen Wettrüsten gibt, das am meisten die Sicherheit Deutschlands gefährden und die Völker in eine Katastrophe führen müsste. Nur eine Aussenpolitik, die auf die Verständigung der Völker auf dem Boden allgemeiner Gleichberechtigung, auf die Erhaltung des Friedens und die internationale Abrüstung gerichtet ist, bürgt für die wirkliche Sicherheit.

Bereits in den auf dem Magdeburger Parteitag 1929 beschlossenen Richtlinien hat die Sozialdemokratie eindeutig erklärt:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verwirft den Krieg als Mittel der Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterinternationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für die vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen.

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, die den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt wird. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen.

Jeder Schritt im Sinne der deutschen Rüstungsnote, wie sie insbesondere durch zahlreiche Erklärungen des Reichswehrministers von Schleicher erläutert worden ist, birgt die Gefahr in sich, Deutschland in politische Isolierung zu führen, die Welt gegen Deutschland zusammenzuschweißen und das Versailler Diktat zu verewigen. Die schlimmsten Folgen drohen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeiterklasse.

Dass die Reichsregierung in der grössten wirtschaftlichen Krise und der sozialen Verelendung, des Lohnabbaues und der Zerstörung der sozialen Einrichtungen mit kostspieligen Rüstungsplänen hervortritt, fordert den entschiedensten Widerstand heraus.

Abgesehen von dieser grundsätzlichen sachlichen Ablehnung widerspricht die Fraktion den Plänen der Regierung auch schon deshalb, weil sie unter Ausschaltung des Parlaments und der öffentlichen Kritik durchgeführt werden sollen.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion protestiert mit aller Entschiedenheit gegen jede Entfesselung nationalistischer und militaristischer Instinkte in allen Ländern, da sie darin eine Bedrohung der Freiheit der Arbeiterschaft und eine Gefährdung des Weltfriedens erblickt."

Der Vorsitzende der Fraktion, Genosse Breitscheid, fasste das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, dass die Verhandlungen zwar taktische Meinungsverschiedenheiten gezeigt, aber niemals die Grundsätze der Partei verletzt haben. Die Aussprache ist stets in durchaus kameradschaftlicher Weise erfolgt,

und das gilt nicht nur für die letzten Tage, sondern für sämtliche Beratungen der Fraktion des neuen Reichstags. Wir haben dadurch eine Plattform für die Kämpfe geschaffen, vor denen wir stehen. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen wird - wie wir bestimmt voraussehen - der Wahlkampf stehen. Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, dass die Reichsregierung nicht von der Verfassung abweichen, und dass sie in der verfassungsmässigen Frist den Wahltermin ansetzen wird. Neben den Kampf um den neuen Reichstag haben wir unseren Kampf für das Volksbegehren gestellt. Welche Formen auch diese Kämpfe annehmen werden, ob sie auf parlamentarischer Basis oder ausserhalb des Parlaments geführt werden müssen, wir sind zu diesem Kämpfen bereit, wir sind zu ihnen gerüstet! Wir haben diesen Kampf gegen drei Fronten zu führen:

gegen die monarchistisch-junkerlich-kapitalistische Reaktion der Papenregierung,

gegen die durch erheuchelte Verfassungstreue schlecht verhüllten faschistischen und terroristischen Absichten der Nationalsozialisten,

gegen die Kommunisten, deren antidemokratische Parolen in ihrer Gefährlichkeit nie stärker in die Erscheinung getreten sind als jetzt.

Niemand von unseren Anhängern wird sich in diesem Kampfe versagen, wir werden alle unsere ganze Kraft einsetzen, um unsere Gegner zu schlagen! Es ist wiederholt davon gesprochen worden, dass in unseren Reihen ein gewisses Missvergnügen über das herrsche, was gewesen ist. Aber unsere Aufgabe besteht jetzt nicht darin, über das Vergangene zu reden, sondern wir müssen sehen, was ist, und wir müssen erkennen, was sein soll. Gewiss kann man heute über manches klüger reden, was in der Vergangenheit geschehen ist. Aber welche Taktik wir immer eingeschlagen haben, immer waren unsere Absichten, unserer Partei und der gesamten Arbeiterbewegung zu dienen. Wir haben Severing über die Vorgänge in Preussen gehört; wir wissen, dass das Preussen vom 20. Juli nicht mehr dasselbe war, was es vor den Wahlen gewesen ist. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Genossen in der preussischen Regierung nicht anderes handeln konnten, als sie im Interesse der Arbeiterklasse gehandelt haben. Die Gegner, die uns Mangel an Mut vorgeworfen haben, und vor allem die Nationalsozialisten hätten gerade in diesen Tagen zeigen können, was sie unter Mut verstehen. Und was haben wir erlebt? Ein klägliches Schwanken des nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten. Im Anfange die stärksten Worte und nachher immer neues Zurückweichen. Die Würde und die Rechte des Reichstags sind durch die Regierung verletzt worden, aber durch das Verhalten der Nationalsozialisten und ihres Präsidenten konnten sie wahrhaftig nicht wiederhergestellt werden.

Wir brauchen nicht mehr viel Worte zu machen. Wir stellen die positiven Ziele unserer Bewegung auf:

Kampf für die demokratische Verfassung, für die Rechte des Volkes

Wiederherstellung der sozialpolitischen Gesetzgebung,

Die Sozialisierungsforderungen, für die wir im Reichstag und ausserhalb des Parlaments kämpfen werden.

Wir ziehen in die Schlacht mit der Parole Sozialismus und Demokratie!

Wir sind auf uns selbst gestellt. Als Sozialisten haben wir die historische Mission, die Demokratie wiederherzustellen und den Sozialismus zu verwirklichen. Und wir werden den Kampf führen im Zeichen der drei Pfeile: Aktivität, Disziplin, Einigkeit!

Mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen: Freiheit! bekräftigte die Fraktion den Willen, im Kampf für Freiheit und Sozialismus nicht eher zu ruhen, bis der Sieg errungen ist!

SPD. Paris, 14. September (Eig. Drahtb.)

Der italienische Dampfer "Chloe" geriet auf der Höhe der Insel Ouessan an der bretonischen Küste infolge schwerer Havarie in Seenot und sandte Hilferufe aus. Der in Douarnenez stationierte Hamburger Bergungsdampfer "Seefalke" begab sich sofort an die Unglücksstelle, übernahm 10 Mann der Besatzung und schickte sich an, den Dampfer abzuschleppen. In diesem Augenblick explodierte der Kessel und der Dampfer "Chloe" versank sofort in den Fluten. Die auf dem Dampfer gebliebenen 14 Mann der Besatzung wurden ins Meer geschleudert, konnten aber von einem anderen gleichfalls an der Unglücksstelle befindlichen Schiff gerettet werden.

SPD. Paris, 14. September (Eig. Drahtb.)

Herriot wird einer Einladung der spanischen Regierung Folge leisten und dem Präsidenten der Republik Zamora einen Besuch abstatten. Das Datum der Reise ist noch nicht festgesetzt.

SPD. Köln, 14. September (Eig. Drahtb.)

Die Ortsgruppe Gereon der NSDAP in Köln lässt zu den Wahlen in der evangelischen Kirche ein Rundschreiben verbreiten, in dem es u.a. heisst: "Es ist von grösster Bedeutung, dass wir durch die Kirchenwahlen der evangelischen Kirche die starken Kräfte des Nationalsozialismus näherbringen, um den in sie eingedrungenen unseligen Pazifismus und nicht minder die dort auftretenden marxistischen Kräfte niederzuringen und Kirche und Volkstum einander näherzubringen." Also heraus mit dem Friedensgeist aus der Kirche, hinein gehört die Mordpsychose der Nazis!

SPD. Braunschweig, 14. September (Eig. D

In Sommerschenburg spielte ein 12jähriger Sohn des Arbeiters Opitz mit einer Handgranate, die er auf dem Hausboden gefunden hatte. Plötzlich explodierte der Sprengkörper, zerschmetterte dem Jungen einen Arm und brachte ihm schwere innere Verletzungen bei. Kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus ist der Junge gestorben.

SPD. Paris, 14. September (Eig. Drahtb.)

Der Minister für öffentliche Arbeiten Daladier hat am Mittwoch eine Abordnung der nordfranzösischen Grubenarbeitergewerkschaften zu einer Aussprache über die Notlage der Grubenarbeiter empfangen. Der Führer der Abordnung, der sozialistische Abgeordnete Maes, machte den Minister auf die Absatzkrise in der Kohlenindustrie und die sich daraus für die Arbeiter ergebenden Folgen aufmerksam. Er forderte im Namen der Gewerkschaften die Aufrechterhaltung der Kontingentierungsmassnahmen für die Einfuhr ausländischer Kohle zum Schutze der französischen Kohle. Der Minister bemühte sich, der Abordnung die Schwierigkeiten klarzumachen, auf die eine scharfe Einhaltung der Kontingente stösse, aber er versprach dafür zu sorgen, dass soweit wie möglich eine Ueberschreitung der festgesetzten Kontingente vermieden werde. Zum Schluss betonte der Minister, dass er nach wie vor gegen die Arbeitslosigkeit ankämpfen werde.

SPD. Paris, 14. September (Eig. Drahtb.)

Die nationalistische "Liberté" will wissen, dass die Haltung Frankreichs inbezug auf die Ablehnung der deutschen Forderungen nach Wiederaufrüstung keine Änderung erfahren werde trotz aller Versuche, die in gegenteiligem Sinne gemacht werden sollten. Wenn Deutschland sich weigere, an den vorbereitenden Sitzungen der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, würden diese Sitzungen trotzdem stattfinden. Der beigeordnete Sekretär der Abrüstungskonferenz befindet sich zurzeit in Paris, um mit dem Quai d'Orsay über die Wiederaufnahme der Arbeiten zu sprechen. Ausserdem werde in autorisierten Kreisen erklärt, dass vor der Sitzung des Büros der Konferenz keine offiziellen Sonderverhandlungen stattfinden sollen. Es sei allerdings bekannt, dass London und Paris in engem Kontakt stehen. Herriot habe z.B. am Dienstag eine längere Unterredung mit Sir Herbert Samuel gehabt.

SPD. Paris, 14. September (Eig. Drahtb.)

Der nationalistische Abgeordnete Taittinger hat in der Kammer einen Antrag eingebracht, der verlangt, dass die Konvertierung der Renten, über die am Freitag verhandelt werden soll, vorläufig aufgeschoben wird. Der Antrag dürfte wenig Aussicht auf Annahme haben. Allerdings sind die Sozialisten, wie Léon Blum im "Populaire" ausgeführt hat, mit der beabsichtigten Operation, die die Budgetausgaben um über eine Milliarde Francs jährlich verringern soll, wegen der bereits erfolgten Entwertung des Francs auch nicht recht einverstanden, aber sie werden sich wahrscheinlich nur der Stimme enthalten.

SPD. Die schon seit langem von der Regierung gehegten Pläne zur Vereinheitlichung der Jugendausbildung haben nunmehr durch eine Verordnung des Reichspräsidenten ihre Verwirklichung erfahren. Der Reichspräsident setzt durch diese Verordnung ein "Reichskuratorium für Jugendertüchtigung" ein, an dessen Spitze der Reichsinnenminister steht und zu dessen geschäftsführender Präsidenten der General der Infanterie Edwin von Stülpnagel (nicht der Mitarbeiter der "Berliner Börsen-Zeitung", sondern der frühere Kommandeur des Dresdener Wehrkreises) ernannt worden ist. Das Reichskuratorium soll eine Zusammenfassung aller auf beruflicher, konfessioneller und politischer Grundlage stehender Jugendverbände darstellen. Es wird sich vor allem die Heranbildung geeigneter Lehrkräfte angelegen sein lassen und dafür Sorge tragen, dass insbesondere Leibesübungen, Sport und Turnen, in erster Linie aber der Geländesport (Wanderungen und Geländespiele) geübt werden.

Aus der Person des Geschäftsführers und der speziellen Aufgabe, die den Verbänden gestellt wird, ist klar ersichtlich, um was es geht: um eine Militarisierung der Jugendpflege. Die Massnahmen will man im einzelnen im Einvernehmen mit den Innenministern der Länder treffen und es mag möglich sein, dass so bei der Ausführung des Planes sich mancherlei weitere Aufklärungen über die Absichten der Regierung erzielen lassen, von denen einstweilen nur das ersichtlich ist, dass abgesehen von den kommunistischen Verbänden alle vorhandenen Verbände herangezogen werden sollen. Eine Auflösung einzelner Verbände oder ein Eingreifen in ihre sonstigen Aufgaben und Zielsetzungen scheint nicht geplant zu sein. Zur Bestreitung der Unkosten soll die Summe von $1\frac{1}{2}$ Millionen dienen, die in den Reichshaushalt bereits für diese Zwecke eingestellt worden ist. Sie werden der Behörde zur Verfügung stehen, sollen aber nicht etwa schlüsselmässig oder in sonstiger Form an die Verbände verteilt werden.

SPD. Köln, 14. September (Eig. Drahtb.)

In der letzten Woche sind im Stadtbezirk Köln 8 Typhus- und Paratyphuserkrankungen aufgetreten, die auf Infektion beim Baden im Rhein zurückgeführt werden.

SPD. Köln, 14. September (Eig. Drahtb.)

Am 21. Januar 1932 tat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Boerger aus Neuss in einer Versammlung in Köln den ungeheuerlichen Ausspruch: "Wenn wir die Macht haben und ein Franzose die deutsche Grenze überschreitet, dann werden in einer Nacht sämtliche Juden in ganz Deutschland dran glauben müssen." Jetzt nach acht Monaten hören wir, dass die Staatsanwaltschaft endlich ein Ermittlungsverfahren gegen Boerger wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gegen politische Gegner eingeleitet haben soll.

SPD. Wien, 14. September (Eig. Drahtb.)

In der österreichischen Industriestadt Wiener Neustadt haben sich in der Nacht zum Mittwoch blutige Zusammenstöße zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und Hakenkreuzlern zugetragen. Drei Nationalsozialisten und zwei Arbeiter wurden schwer verletzt. Die Hakenkreuzler hatten Trupps ausgesandt um sozialdemokratische Plakate von den Wänden zu reißen. Einige Arbeiter stellten einen solchen Trupp zu Rede. Die Hakenkreuzler begannen sofort eine wilde Schiesserei gegen die Arbeiter, die dann auch geschossen haben sollen.

Die niederösterreichische Landesregierung beabsichtigt für ganz Niederösterreich ein allgemeines Aufmarsch- und Versammlungsverbot zu erlassen, um weiteren Zusammenstößen die Möglichkeit zu nehmen.

SPD. Die Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstags, die ursprünglich lediglich zu dem Briefwechsel zwischen dem Reichstagspräsidenten Göring sowie der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten Stellung nehmen sollte, wurde durch die kommunistisch-nationalsozialistische Mehrheit zu Beschlüssen benutzt, denen die übrigen Parteien die Gefolgschaft versagten.

Die Rechtfertigungsversuche der Reichsregierung wegen ihres Nichterscheins vor dem Reichstag wurden von dem Ausschuss nicht anerkannt. Lediglich gegen die Stimmen der Deutschnationalen wurde folgender Antrag des Zentrums angenommen:

"Der Ausschuss hält daran fest, dass das Nichterscheinen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsinnenministers vor dem Ausschuss gegen den klaren Wortlaut und den klaren Sinn des Artikels 33 Abs. 1 Reichsverfassung verstößt. Die Reichsregierung hat die Abstimmung des Reichstags über das Misstrauensvotum nicht anerkannt, sie ist nicht zurückgetreten, antwortet vielmehr uneingeschränkt weiter. Von dieser Tatsache ausgehend, hat der Ausschuss das Erscheinen des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers verlangt. Bei dieser Sachlage hatten die Mitglieder der Reichsregierung die unbedingte Pflicht, vor dem Ausschuss auf dessen Verlangen zu erscheinen. Dieser Pflicht kann sich die Reichsregierung wirksam nicht entziehen durch Berufung auf eine juristische Meinung, die sie eingestandenemassen ablehnt und tatsächlich nicht beachtet."

Da der Ueberwachungsausschuss nach Art. 35 der Reichsverfassung das Recht eines Untersuchungsausschusses besitzt, stellte der Abg. Pfleger (Bayr. V.) den Antrag, der Ausschuss solle die Vorgänge in der Reichstagssitzung vom 12. September untersuchen.

Dazu gab Abg. Marum (Soz) folgende Erklärung ab:

"Für die Entscheidung der Frage, ob die Abstimmungen des Reichstags vom 12.9.1932 staatsrechtlich wirksam sind, ist die Klärung der Vorgänge in der Sitzung belanglos, weil von allen Seiten anerkannt ist und feststeht, dass der Reichstag vor Beendigung der Abstimmung bereits rechtswirksam aufgelöst war. Die sozialdemokratische Fraktion hält aus diesem Grunde den Antrag auf Beweiserhebung über die Vorgänge in der Reichtagssitzung vom 12.9.1932 für überflüssig."

Dem schloss sich der Abg. Wegmann (Z) an. Nachdem dann sowohl die Nationalsozialisten als auch die Kommunisten erklärt hatten, dass sie an ihrer ursprünglichen Sachdarstellung festhalten, zog der Abg. Pfleger (BVP) seinen Antrag zurück, da feststehe, dass die Mehrheit des Ausschusses nicht die Prüfung der tatsächlichen Vorgänge wolle und nicht die Absicht habe, sich nach den Ergebnissen der Prüfung zu richten. Der Antrag wurde jedoch sowohl von den Kommunisten als auch den Nationalsozialisten aufgenommen und von ihnen allein beschlossen.

Die Abstimmung über einen Antrag der Kommunisten, der sich gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg richtete, vertagte der Vorsitzende, um vorher zu prüfen, ob er verfassungsrechtlich zulässig sei.

Der Termin der nächsten Sitzung wird noch festgestellt.

Im übrigen zeigte der Verlauf der Sitzung das zunehmende Zusammenspiel zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, die im Ausschuss über eine Mehrheit verfügen, um ihre besonderen parteitaktischen Absichten zu verfolgen. Es ist selbstverständlich, dass die Sozialdemokratie ebenso wie das Zentrum diesen Absichten in keiner Weise Gefolgschaft leisten, sondern sich lediglich von der Absicht leiten lassen, die Verfassung und die Rechte des Parlaments zu wahren.

SPD. Kiel, 14. September (Eig. Drahtb.)

Vor dem Kieler Sondergericht begann der für eine Woche Verhandlungsdauer berechnete grosse Landfriedensbruchprozess gegen die Nationalsozialisten, die am sogenannten "Deutschen Tag" am 10. Juli das Gewerkschaftshaus in Eckernförde stürmten und völlig demolierten. Bei dieser bisher in Deutschland wohl beispieillos dastehenden gemeinen Tat wurden die beiden sozialdemokratischen Landarbeiter Bues und Junge von den vertierten SA und SS-Horden erstochen. Ausserdem wurden eine Anzahl Genossen schwerer und leichter verletzt. Die jetzt vor das Sondergericht gestellten 31 Nationalsozialisten, von denen sich zwei durch die Flucht noch der Strafe entzogen haben, stellen nur einen Bruchteil der Schuldigen an diesem Blutsonntag dar. Ob sich die Mörder der beiden sozialdemokratischen Landarbeiter unter den Angeklagten befinden, weiss man nicht. Anklage wegen Mordes oder Totschlag ist gegen keinen der Angeklagten erhoben worden. Die Anklage lautet vielmehr nur auf schweren Landfriedensbruch, verbotenen Waffentragens und Beteiligung an einer Schlägerei, bei der Menschen den Tod gefunden haben. Zwei der Nationalsozialisten sind ausserdem wegen Rädelsführerschaft angeklagt.

Zusammen mit den 31 Nationalsozialisten sitzen 4 junge Angehörige der Eisernen Front auf der Anklagebank. Unter ihnen ist der Neffe des erstochenen Landarbeiters Bues. Die vier jungen Genossen haben sich nach dem Sturm auf das Eckernförder Gewerkschaftshaus und nachdem sie lange durch Nationalsozialisten auf Lastautos hin und her gehetzt worden sind, in massloser und berechtigter Erbitterung gegen einige Nationalsozialisten zur Wehr gesetzt. Die Anklage wirft ihnen gemeinschaftliche Körperverletzung vor. Vorliegen kann bei ihnen aber nur eine Ueberschreitung der Notwehr.

Der erste Verhandlungstag, an dem nur die Angeklagten vernommen wurden, enthüllte schon ein entsetzliches Bild dieses Blutsonntags, obwohl zweifellos

die Angeklagten mit der vollen Wahrheit zurückhalten. So geben alle angeklagten SA-Leute und SS-Leute zu, bei den Zusammenrottungen dabei gewesen zu sein. Die wenigsten aber geben eine Beteiligung an den Gewalttaten zu. Sie wollen fast alle erst dazu gekommen sein, als schon alles vorbei war. Die in Haft befindlichen Nationalsozialisten haben sich aber in ihren ersten polizeilichen und richterlichen Vernehmungen selbst und auch gegenseitig belastet, sodass ihnen das jetzige Leugnen nicht mehr viel nützen wird.

In geradezu viehischer Weise ist auf den alten Landarbeiter Bues, der mit zwei tödlichen Messerstichen im Rücken, aus dem Gewerkschaftshaus herausgewankt eingeschlagen worden. Die Nazis haben mit Karabinerhaken und Fäusten solange auf den Schwerverletzten eingeschlagen, bis er am Boden lag. Jede ärztliche Hilfe kam zu spät. Der junge Landarbeiter Junge erhielt einen Messerstich ins Herz. Er verblutete seinen Kameraden unter den Händen.

Die beginnende Zeugenvernehmung dürfte in die Schuld der einzelnen Angeklagten Klärung bringen.

SPD. Bukarest, 14. September (Eig. Dr.)

Die seit Jahren heftig umkämpfte Frage der Entschuldung der Landwirtschaft die die letzte Regierung Jorga durch das berüchtigte Umschuldungsgesetz zu lösen versuchte, das jedoch den Protest der rumänischen Gläubigermächte hervorrief, hat plötzlich eine unerwartete Wendung genommen. Im Einvernehmen mit dem zurzeit in Bukarest weilenden Finanzsachverständigen des Völkerbundes hat die Regierung dem Parlament eine dringliche Vorlage zugehen lassen, die die Erklärung eines Moratoriums von 1½ Jahren für alle landwirtschaftlichen Gläubiger vorsieht. Während dieser Zeit sollen Gläubiger und Schuldner versuchen zu einer gütlichen Einigung über ihr Schuldenverhältnis zu gelangen. Das 1½ jährige Moratorium wird weiterhin auch allen jenen Banken zugute kommen, deren Portefeuille mindestens 40 Prozent landwirtschaftliche Wechsel aufweist. Das in Kraft befindliche und viel umstrittene landwirtschaftliche Umschuldungsgesetz wird eine radikale Abänderung erfahren. Im übrigen aber wird seine Anwendung während der Dauer des Moratoriums, also 1½ Jahre, ausser Kraft gesetzt. Bei den Mehrheitsverhältnissen im Parlament ist die Annahme der Regierungsvorlage gesichert.

* Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Aus aller Welt

Kriegsschauplatz Marokko.

Der Legionärskrieg zwischen Sahara und Atlas. — Freiheitsfanatismus, Flugzeuge und Panzerautos...

SPD. Marrakesch, Mitte September (Eig. Ber.)

Das nordafrikanische Marokko ist französisches Protektoratsgebiet und der herrschende Sultan Muley Yusef deshalb nur ein Werkzeug in den Händen der europäischen Imperialisten. Langsam aber mit zähem Willen dehnt Frankreich seine Einflussphäre in Nordafrika immer weiter aus. Der Aufstand der Rifkabylen unter Abdel Krim gegen die Spanier war für die Franzosen ein willkommener Anlass, die bis dahin noch nicht festgesetzte Grenze nach Norden weiter vorzuschieben und dafür Spanien bei dem Kampf gegen die rebellischen Eingeborenen zu helfen.

"Frieden" im Süden.

Nach der so vorgenommenen Unterwerfung des gesamten Nordens können sich jetzt alle Kräfte auf die sogenannte "Pazifizierung" des Südens von Marokko richten. Schon sind die wilden Berberstämme im gesamten Hochatlas zum Frieden gezwungen worden. Selbst der glühendste Freiheitsfanatismus kann eben auf die Dauer gegenüber Flugzeugen, Panzerautos und weittragenden Geschützen nicht bestehen. Mit Hilfe von gekauften Eingeborenen, der Fremdenlegion und des eigenen Militärs sichert sich der französische Kapitalismus immer weitere Gebiete des Landes. Ueberall, wo er sich festsetzt, entstehen vornehme Europäerviertel, strategisch wichtige Asphaltstrassen und neue Handelskompagnien.

Des Todes sicher...

Im Westen Marokkos sind die französischen Truppen schon bis zur spanischen Kolonie Rio del Oro vorgedrungen, wo sie allerdings in den letzten Tagen schwere Kämpfe zu bestehen hatten. Noch grösser sind die Schwierigkeiten im Innern des Landes. Die mohammedanischen Gebirgsstämme leisten zähen Widerstand und sind mit gewöhnlichen Mitteln kaum zu besiegen. Dort herrscht ein dauernder, erbitterter Kleinkrieg: oft müssen sich die vorgeschobenen Posten gegenüber den überraschenden Angriffen der Eingeborenen wieder zurückziehen. Im Gebiet zwischen Midelt und Colomb Becha machen besonders die arabischen Stämme Ait Hanum und Ait Ada den vordringenden Franzosen erhebliche Schwierigkeiten. Hier liegt die Militärzone noch weit im Norden und in den steilen Tälern des Anti-Atlas ist mit modernen, schweren Waffen nur schwer vorzudringen. Immer wieder überfallen die kleinen, aber knochig-starken Berbermischlinge bei Nacht die Truppenlager, und wer dann nicht fliehen kann, ist des Todes sicher. Mehr noch als auf Menschen kommt es den Berbern dabei auf die zurückgelassenen Waffen an, denn fast nur auf diese Art können die verlassenen und abgeschnittenen Araberstämme ihre Kampfmittel erneuern. Für jeden eigenen Gefallenen ist ein Anderer zur Stelle, aber erst auf mehrere Eingeborene kommt jeweils ein Gewehr.

Gefolttert!

Mit besonderer Vorliebe werden deshalb französische Waffentransporte ausgeplündert. Dabei gehen dann oft die eingeborenen Führer der Transporte auf die Seite der Angreifer über, denn sie wissen, dass ihnen bei der Ueberwältigung ein grausamer Tod bevorsteht. Tötung durch Halsabschneiden ist das

Geringste... oft werden die Führer aber vorher noch in fürchterlicher Weise gefoltert, damit ihr Beispiel abschreckend wirken soll.

Die Franzosen können nicht ohne die Hilfe von Eingeborenen auskommen. Im Gebirge ist jeder Stein ein Schlupfwinkel für Scharfschützen, und ohne Wegweiser gibt es da kein Vorwärtskommen. Zuerst werden beim Vordringen immer die Partisanen vorgeschickt. Das sind freiwillige Eingeborene, die sich selbst verköstigen und keinerlei Militärdienst mitgemacht haben. Sie erhalten nur ein Gewehr und 12 Franken Löhnung pro Tag. Dafür müssen sie in der vordersten Linie anschleichen. Erst nach ihnen kommen die "Gums", die organisierten Eingeborenentruppen, und schliesslich die reguläre Fremdenlegion. Zum letzten Einsatz dienen die regulären, französischen Soldaten, die allein mit Tanks und Panzerautos ausgerüstet sind.

Der Feind im eigenen Lager.

Mit dieser Vormarschmethode erklären sich die relativ geringen Verluste an Legionssoldaten. Sie sind für den französischen Staat zu kostbar, um als vorderstes Kanonenfutter zu dienen. Dafür ist aber die Bewaffnung und Verwendung von einzelnen Eingeborenen sehr gefährlich. Oft wird der Freund dann zum Feind im eigenen Lager...

Zwischen Sahara und Atlas-Gebirge liegen noch weite Gebiete, die sich der französischen Herrschaft widersetzen. Und selbst im unterworfenen Teil schwelt die Glut gegen die Fremden bei den Mohammedanern weiter. Sie wird stärker, je mehr die Mohammedaner selbst die Taktik und die Hilfsmittel der Weissen kennenlernen. Und auf dem unendlich weiten Kriegsschauplatz Marokko herrscht kaum einen Tag wirklich Ruhe.

K.M.

+ + +

Gestühnte Gemeinheit. Vom Schöffengericht Berlin-Mitte wurden am Mittwoch die drei SA-Männer, die am Morgen des 12. Juli in Berlin N den Reichsbannerführer Max Wölfel überfallen und niedergeschlagen haben, zu Gefängnisstrafen verurteilt. Der SA-Mann Kring bekam wegen unbefugten Waffenbesitzes und gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung 1,9 Jahre Gefängnis, der Angeklagte Laehn wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung und versuchter Nötigung 1,3 Jahre Gefängnis und der 19 jährige Angeklagte Bestmann wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung ein Jahr Gefängnis. Haftbefehl bleibt aufrechterhalten, weil bei der Höhe der verhängten Strafen Fluchtverdacht besteht. In der Urteilsbegründung wurden die feigen Lügen und Ausflüchte der SA-Männer einer eingehenden Kritik unterzogen. Es sei keine Rede davon, dass sich die Nazis in Notwehr befunden hätten. Die versuchte Nötigung sei in der Aufforderung zur Abnahme und Hergabe des Dreipfeile-Zeichens zu erblicken.

Der Hergang der gemeinen Tat wurde in der Aussage der als Nebenkläger zugelassenen Wölfel, der noch immer unter den Folgen der ihm zugefügten Verletzungen stark leidet, deutlich: "Ich war morgens gegen 5 Uhr auf dem Wege zur Arbeit. In der Chausseestrasse sah ich mir das Schaufenster eines Aquariumladens an. Plötzlich trat jemand von hinten an mich heran und griff mit dem Ruf: "Her mit dem Ding!" nach meinem Freiheitsabzeichen. Als ich den Angreifer zurückstiess, wurde ich von hinten gepackt, zu Boden gedrückt und übers Auge geschlagen. Ich zog die ungeladene Pistole, die ich in der Hintertasche meiner Hose trug, bekam sie aber sofort entrissen. Dann schlug und trampelte man weiter auf mich ein." - Wölfel erlitt sehr schwere Verletzungen. Er wurde mit einem Kiefernbruch, einem Beinbruch und schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Es ist nach ärztlicher Meinung fraglich, ob Wölfel jemals die Folgen des Ueberfalls ganz überwindet.

Wegen der besonderen Gemeinheit und Verwerflichkeit der Tat ging das Gericht über die Anträge des Staatsanwalts hinaus.

+ + +

Starks Geständnis. Der in Stuttgart verhaftete Mörder der Frau Brus-
cato aus Berlin, der 23 jährige Bürodienner Friedrich Stark, hat nunmehr ein
umfassendes Geständnis abgelegt. Sofern man Starks Angaben Glauben schenken
darf, ist er ursprünglich nicht auf Mord ausgegangen, sondern auf Einmiete-
diebstahl. Bei Frau Bruscato deponierte er als Anzahlung für den Mietvorgang
fünf Mark. Als er merkte, dass die Beute, die er hier später machen wollte,
geringfügig sei, verlangte er die fünf Mark zurück. Frau Bruscato verweigerte
die Rückgabe. In dem Streit, der sich zwischen beiden entspann, schlug Stark
Frau Bruscato nieder. Als Frau Bruscato ihn in den Daumen biss, würgte Stark
sie und schlang ihr ein Tuch um den Hals, bis sie sich nicht mehr rührte. Der
Mörder warf dann die Leiche auf ein Bett und ging an die Durchsuchung der
Wohnung, die er nach etwa 20 Minuten ungehindert verliess.

+ + +
Schupo erschossen. Am Mittwoch-Mittag hat auf dem Fehrbelliner Platz
in Berlin-Wilmersdorf ein Unbekannter einen Schupo erschossen. Der Polizist
hatte den Täter bei einem Fahrraddiebstahl überrascht. Als kurze Zeit nach
dem Mord die Beamten des Ueberfallkommandos die umliegenden Strassen absperren
und durchsuchten, fanden sie in einem Gartengrundstück den Leichnam des
Täters. Er hatte sich eine Kugel in den Kopf gejagt. Seine Personalien konnten
noch nicht festgestellt werden.

+ + +
Auf Verlangen? Das Schwurgericht Frankfurt a. Main verurteilte den aus
Stuttgart stammenden 30jährigen Optiker und früheren Fremdenlegionär Wilhelm
Wied, der in den Tagen des Deutschen Sängerfestes in einem Wald bei Frank-
furt die 18jährige Else Köppel getötet hat, zu fünf Jahren Gefängnis. Wied
hatte sich der Polizei nach einigem Umherirren selbst gestellt.
Der Angeklagte musste im Gerichtssaal das Verbrechen demonstrieren. Da-
nach kniete er über dem Mädchen. Er brachte ihm zuerst mit dem Rasiermesser
einen kleinen Riss am Halse bei. Als er sah, dass die Freundin Stand hielt,
führte er die tiefen Todesschnitte aus. Die letzten Worte des jungen Mädchens
waren: "Glücklich, Frieden!"

Das Gericht hatte Bedenken, den Angaben des Angeklagten insofern Glauben
zu schenken, ob "Tötung auf Verlangen" vorliege. Immerhin spricht für diesen
Tatbestand der Wortlaut einiger Abschiedsbriefe des jungen Mädchens, die zur
Verlesung gelangten. Andererseits wirkte die Brutalität der Tat strafver-
schärfend.

+ + +
Neue Deycke-Experimente. Professor Deycke, der im Lübecker Kindertod-
Prozess infolge Impfung nach dem Calmette-Verfahren wegen fahrlässiger Tötung
zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, befindet sich seit einiger Zeit
in Stuttgart. In einem privaten Laboratorium stellt er bakteriologische Ver-
suche an, die ihm die Unterlagen für die Wiederaufnahme seines Prozesses
schaffen sollen. Das Gericht hat bei der Entscheidung über die Schuldfrage
eine Verunreinigung der als Impfstoff verfütterten Stämme durch virulente
Bakterienstämme als erwiesen angesehen. Professor Deycke will nun durch seine
neuen Versuche den Nachweis für seine subjektive und objektive Schuldlosig-
keit erbringen.

+ + +
Autokatastrophe. In der Nähe von Landwehrhagen bei Kassel fuhr ein mit
vier Personen besetztes Auto gegen einen Telegraphenmast. Eine 19 jährige
Hausangestellte wurde tödlich, ein 17 jähriges Mädchen lebensgefährlich ver-
letzt.

+ + +
400 Obdachlose. Durch Grossfeuer wurden in Villa Rendena (Oberitalien)
50 Häuser zerstört. 400 Menschen sind ohne Obdach.



Arbeitsbeschaffung wird bestraft.

(Die Papenverordnung stützt den Kartellunfug.)

SPD. An dem Papenschen Arbeitsbeschaffungsprogramm wird selbst in bürgerlichen Kreisen immer wieder übel vermerkt, dass es sich gegen das Unwesen der Kartelle, Syndikate und Trusts völlig passiv verhält. Man verweist darauf, dass die Kartelle in ihren Bedingungen und Preisen von der Unelastizität, die sich während der Hochkonjunktur herausgebildet hat, bis jetzt so gut wie gar nichts verloren haben und dass das Kartellunwesen zu einer Gefahr für die Wirtschaftsbelebung und die Wirtschaftsankurbelung geworden ist.

Wie sehr das zutrifft, zeigt sich z.B. in der Zementindustrie. Vor einigen Tagen mussten wir mitteilen, dass Holland, das seinen Zement zum grössten Teil aus Deutschland bezieht, dazu übergegangen ist, Zement nach Westdeutschland zu verkaufen. Die deutschen Zementfabriken, die jeden Aussenseiter in Deutschland zu horrenden Preisen aufkaufen, halten nämlich die Zementpreise in Deutschland überhöht, verschleudern aber deutschen Zement zu phantastisch niedrigen Preisen, in der Regel ein Drittel des deutschen Preises, nach dem Ausland u.a. nach Holland, sodass es sich für die holländischen Zementfabriken lohnt, Zement nach Deutschland zu importieren.

Welcher Krebschaden sich in der deutschen Zementindustrie entwickelt hat, zeigt folgender Fall: Vor mehr als einem Jahr gelang es dem Westdeutschen Zementsyndikat, das Aussenseiterwerk Dr. Hannack & Comp. in Gesecke (Westfalen) aufzukaufen. Die Firma Dr. Hannack & Comp. hatte nun nichts Eiligeres zu tun, als die ihr vom Syndikat zugebilligte Quote an eine Firma in Ennigerloh zu verkaufen. Die Quote wurde anfangs 1932 voll bezahlt. Jetzt erklärte die Firma Dr. Hannack ihren Austritt aus dem Syndikat. Das Syndikat klagte und das Kartellgericht entschied, dass die Firma Dr. Hannack und Comp. nicht aus dem Zementsyndikat austreten dürfe.

Also muss man andere Wege finden. Der gefundene Weg sah so aus: Der Vater des Dr. Hannack, der der oben erwähnten Firma seinen Namen gab, gründete eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Diese pachtete den Betrieb der Firma Dr. Hannack & Comp. und nahm die Arbeit auf. Darüber sollte sich jeder freuen. Immerhin kamen so 76 Arbeiter mit rund 300 Angehörigen in Arbeit und Brot. Aber das Zementsyndikat, das die Firma Dr. Hannack & Comp. teuer aufgekauft hatte, freute sich nicht. Das Syndikat strengte Klage beim Landgericht an, erwirkte eine einstweilige Verfügung, wonach die G.m.b.H. Paul Hannack ihren Betrieb einzustellen hatte. Auch das Oberlandesgericht hat dieses Urteil bestätigt und der G.m.b.H. Paul Hannack eine Busse von 3000 Mark auferlegt. Das zog nicht. Bei der G.m.b.H. Paul Hannack wurde weitergearbeitet. Jetzt folgte eine Haftstrafe von vier Wochen. Darauf erstattete die Firma Stillegungsanzeige. Bei den Verhandlungen im Rahmen dieser Anzeige erklärten die Vertreter der G.m.b.H. Paul Hannack, dass für das Werk, das nach den Urteilen deutscher Gerichte nicht arbeiten darf, genügend Absatz vorhanden sei. Das Werk könne arbeiten. Silos und Läger seien leer. Trotzdem erfolgte der Entscheid, dass bis zum 29. August 1932 sämtliche Angestellten und Arbeiter zu entlassen seien. Damit wurden 76 Arbeiter mit 300 Angehörigen ihre Arbeitsstelle los und fallen wieder der öffentlichen Fürsorge zur Last.

Das Gericht geht also, einseitig zugunsten der Kartelle und Syndikate, mit Geld- und Haftstrafen gegen Arbeitereinstellungen vor. Nun die andere

seite. Als sich die Aktionen vor dem Gericht steigerten, entwickelte sich eins der bekannten Aussenseitergeschäfte, durch die ja die Zementsyndikate reichlich berichtigt sind. Das Westdeutsche Zementsyndikat kaufte die G.m.b.H. Paul Hannack für 1 1/4 Millionen Mark auf. Dafür hat man Geld. Anscheinend Übergenug. Denn, wie es heisst, soll dem früheren Besitzer vom Syndikat eine monatliche Rente von 1000 (in Worten: tausend) Mark zugesichert worden sein.

Man fasst sich an den Kopf und fragt, ob es so etwas wirklich gibt. Einmal verteuern die Syndikate - und das gilt doppelt für das Zementsyndikat die Ware. Sie nehmen überhöhte Preise und werfen ihr Geld an Aussenseiter heraus. Will jemand für Arbeitslose Arbeitsgelegenheit schaffen, dann hagelt es Strafmandate. Dann hat man schliesslich Millionen, um Aussenseiter doppelt aufzukaufen.

Und wir fragen weiter: Was hat die Regierung Papen gegen diesen Zustand getan? Was gedenkt die Regierung Papen dagegen zu tun? In der ganzen Papenschen Notverordnung findet sich kein Wort gegen den Kartellunfug, der die kleinen Existenzen vernichtet.

SPD. Die amerikanische Hearstpresse lässt sich aus London melden, dass "europäische Sachverständige" gegenwärtig damit beschäftigt seien, einen Plan für die "Ablösung der interalliierten Kriegsschulden" auszuarbeiten. Der Plan soll sich eng an die in Lausanne vereinbarte Lösung der Reparationsfrage anlehnen. Ähnlich wie in Lausanne eine einmalige deutsche Schlusszahlung vereinbart wurde, die durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden soll, wollen die europäischen Länder ihre Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten durch eine Schlusszahlung von einer Milliarde Dollar (gegenüber einer Schuldsumme von 11 Milliarden Dollar) ablösen und den Ablösungsbetrag durch eine internationale Anleihe aufbringen.

+ + +

Zur Beurteilung dieser Meldung muss man beachten, dass die Hearstpresse den Charakter einer ausgesprochenen Sensationspresse trägt. Die Meldung ist auch ganz unbestimmt. Es geht aus ihr nicht hervor, wer die "europäischen Sachverständigen" sind und wer sie beauftragt hat. Andererseits ist seit dem Youngplan eine innige Verquickung der interalliierten Zahlungen mit den Reparationen eingetreten, die zu einem wichtigen und nicht leicht zu beseitigenden weltpolitischen Faktor geworden ist. Diese Verbindung wurde ja faktisch auch von Amerika durch das Hoover-Jahr anerkannt und man könnte es daher verstehen, dass den Schuldnern Amerikas daran gelegen ist, die Regelung, die sie mit Deutschland vereinbart haben, gegenüber Amerika auszuwerten. Abzuwarten ist vor allem, wie sich die amerikanische Öffentlichkeit zu diesem Versuch der Hearstpresse stellt.

SPD. Die Berliner Börse scheint am Mittwoch einen neuen Auftrieb erhalten zu haben. Zum mindesten sind die Verschlechterungen, die man im Anfange der Woche erwartete, am Mittwoch nicht eingetreten.

Die Bewegung hat mit der deutschen Binnenpolitik nicht das geringste zu tun. Ausschlaggebend waren dafür die Verhältnisse auf den Rohstoffmärkten. Hier sind nach der letzten Schätzung der nordamerikanischen Baumwollernte, die um einige hunderttausend Ballen höher lautete, als man während des ersten Abschnitts der Baumwollhausse annahm, auf verschiedenen Gebieten Preisrückgänge eingetreten. Am Londoner Markt ergaben sich besonders am Dienstag grössere Abschlüsse für Kupfer, Blei, Zink usw. Dass die Rohstoffhausse, die nun schon seit einigen Wochen anhält, im Laufe der Zeit irgendwelche Rückschläge erfah-

ren musste, versteht sich von selbst. Anscheinend sind aber die Auftriebskräfte auf den Rohstoffmärkten so stark, dass die Rückschläge nicht lange dauern. So trat am Mittwoch auf dem Londoner Markt eine stärkere Erhöhung der Preise für Weizen, Baumwolle und besonders für Kupfer ein. Auch die Benzinpreise haben in England angezogen, was man wohl auf die Verständigung der grossen Benzinproduzenten zurückzuführen hat.

In Deutschland haben die Benzinproduzenten und Benzinimporteure vorläufig von einer Preiserhöhung abgesehen. Früher oder später wird aber auch bei uns wohl die Frage der Benzinpreiserhöhung akut werden, was besonders übel aufstossen wird, da der deutsche Benzinpreis durch Zoll, Steuern und Liebesgaben schon jetzt unerträglich überhöht ist.

SPD. Dem Boschkonzern, der seit Jahrzehnten im In- und Auslande als Repräsentant deutscher Qualitätsarbeit gilt, ist es gelungen, auch im Katastrophenjahr 1931 seinen Umsatz mengenmässig auf dem Stand des Vorjahres zu halten. Trotzdem sich der Umsatz, infolge starker Preissenkung, gegenüber dem Vorjahr um 17 % vermindert und der Gesamtverkaufserlös um rund 34 % unter dem Erlös des Spitzenjahres 1929 lag, konnten in den Stuttgarter und Feuerbacher Werken, mit Hilfe weitgehender Einschaltung von Kurzarbeit, 308 Personen mehr beschäftigt werden als gegen Ende 1930. Das Unternehmen hat auf seine Amerikaanleihe rund $\frac{1}{2}$ Million Mark während des letzten Geschäftsjahres zurückgezahlt. Die Wechselverbindlichkeiten werden mit 867 000 Mark angegeben. Das Geschäftsjahr schliesst mit einem Verlust von 1,66 Millionen Mark ab, der durch den Gewinnvortrag aus dem Jahre 1930 zum grössten Teil gedeckt ist.

Auch dieses Unternehmen sieht sich gezwungen, auf die Gefahren der Autarkie hinzuweisen. Die Robert Bosch A.G. ist für die Hälfte ihres Absatzes auf das Ausland angewiesen. Schon im neuen Geschäftsjahr haben sich infolge der allgemeinen Geschäftsstockung der wertmässige Umsatz um rund 25 % gegenüber dem Vorjahr vermindert. Hemmungen des internationalen Güteraustausches, wie sie sich in Zollmauern, Kontingentierungen, in der Verschlechterung von Auslandswährungen und so fort immer unheilvoller auswirken, müssten gerade eine Firma wie die Bosch A.G. besonders schwer treffen.

SPD. Die Generalversammlung der Polyphonwerke A.G. war am Mittwoch in Hannover beisammen, um schmutzige Wäsche zu waschen. Man hat dem Unternehmen, das seinen Stammsitz in Leipzig hat, und dessen wichtigste Akteure in Berlin ihren Wohnsitz haben, nachgesagt, es habe deshalb seine Generalversammlung nach Hannover gelegt, um den Andrang eines interessierten Publikums etwas abzdämmen.

Die Polyphonwerke, eine bescheidene Gründung in der Vorkriegszeit, sind mit der Entwicklung der mechanischen Musik nach dem Kriege gross und mächtig geworden. Ihre Ausdehnung nahm in den Jahren nach der Inflation manchesmal ein recht stürmisches Tempo an. An den Börsen galten die Polyphonaktien als besonders spekulative Werte. Das Unternehmen verteilte in den Jahren 1928 und 1929 nicht weniger als 20% Dividende. Der Kurs der Polyphonwerke stieg im Jahre 1928 auf 570%. Heute liegen sie um etwa 38%. Das ist kein Wunder. Es hat sich herausgestellt, dass die Polyphon A.G. starke Abschreibungen auf ihre Beteiligungen usw. zu machen hat. Man hat eben während der Ausdehnungszeit zu teuer gekauft. Im Rahmen der Sanierung scheint nun der frühere Generaldirektor Bruno Borchardt eine besondere Rolle zu spielen. Wenigstens hat die Opposition bei der Polyphon A.G. in der Handelspresse Vorwürfe gegen Borchardt erhoben, die diesen Generaldirektor nicht im besten Licht erschei-

nen lassen. Er sei durch verwandtschaftliche Beziehung mit dem damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden in seine Stellung gelangt. Sein Gehalt sei sehr hoch. Er habe, so wird weiter behauptet, durch sein spekulatives Temperament die Hausse in Polyphonwerten mit entfacht, die auch für das Unternehmen nicht günstig ausgelaufen ist. Wenigstens wurde gesagt, dass Borchardt für seine Spekulationen einen Kredit bei der Polyphon A.G. in Anspruch genommen habe. Die Dinge seien dann so gekommen, dass die Spekulationen Borchardts grosse Verluste erbrachten. Borchardt habe nicht zahlen können und die Polyphon A.G. sei gezwungen gewesen, einen grossen Teil der Schuld Borchardts bei der Polyphon A.G. zu streichen. Die erforderlich gewordenen Abschreibungen seien zum grossen Teil durch das Kreditgeschäft mit Borchardt verursacht worden.

Wenn die Behauptungen zutreffen sollten, dann ergibt sich das bekannte Bild von dem allmächtigen Generaldirektor, der in seinem Unternehmen Diktator spielt, und dem Aufsichtsrat, der völlig versagt. Wir kennen das ja in der deutschen Industrie zur Genüge.

In der erwähnten Generalversammlung in Hannover übernahm Bankier Arnold die Verteidigung Borchardts, nachdem wohl schon vorher die Opposition irgend wie beschwichtigt werden konnte. Nach den Darlegungen Arnolds ist allerdings Borchardt ein Mann, edelmütig und gut, der sich für das Unternehmen geopfert hat. Er habe seine Aktien zu dem eminent hohen Kurs von 500% nach dem Ausland verkaufen können, habe aber in Rücksicht auf eine mögliche Ueberfremdung davon abgesehen. Habe schliesslich Polyphonaktien im Betrage von mehreren hunderttausend Mark, die von einer Berliner Bank aufgekauft waren, selbst übernommen, obwohl schon bereits bei der Uebernahme ein Verlust sicher war. Andererseits musste zugegeben werden, dass Borchardt von der Polyphon A.G. einen Kredit in Anspruch genommen hat, um eine Stützungsaktion durchzuführen. Dieser Kredit sei aber gesichert gewesen. Wenigstens zum grössten Teil. Immerhin klingt diese Erklärung nicht ganz klar.

Mit den von der Verwaltung abgegebenen Erklärungen gab sich die Opposition nicht zufrieden. Sie stellte den Antrag auf Einsetzung einer Revisionskommission, der aber abgelehnt wurde.

SPD. Sobald die Nationalsozialisten vor die Notwendigkeit gestellt werden, ihre Wahlversprechungen einzulösen, enthüllt sich die Lügenhaftigkeit ihrer ganzen Agitation. Jetzt müssen sich die Nazis dazu bekennen, dass sie für die Einführung der Margarinesteuer eintreten.

Die Margarinesteuer wird den Preis für die Margarine auf 1 Mark pro Pfund erhöhen und muss katastrophale Folgen für die Ernährung des deutschen Volkes haben.

Man kann sich denken, dass das Eingeständnis, für die Einführung der Margarinesteuer zu sein, den Drahtziehern in der nationalsozialistischen Partei nicht leicht gefallen ist. Trotzdem bekennt sich der "Völkische Beobachter" in seiner Nummer 257 vom 13. September 1932 offen für die Einführung der Margarinesteuer. Wie wir erfahren, geschieht das auf Druck grossagrarischer Kreise, die endlich von den Nazis wenigstens etwas sehen wollen, nachdem es mit der nationalsozialistischen Brechung der Zinsknechtschaft so ziemlich Essig geworden ist.

Im "Völkischen Beobachter" versuchen die Nazis ihr Eintreten für die Margarinesteuer zu rechtfertigen und zwar in einer Weise, die man gewöhnlich mit "jüdischem Dreh" bezeichnet. Es wird ausgeführt, dass ein Margarinekonzern, der eine "monopolartige Stellung" einnimmt - gemeint ist der Jürgensenkonzern in Hamburg -, die Margarinepreise nicht genügend gesenkt hat. Deshalb

müsse er jetzt mit einer Sondersteuer, eben mit der Margarinesteuer bestraft werden. Dass die Margarineindustrie die "Strafsteuer" auf die Konsumenten abwälzen und den Margarinepreis verteuern wird, verschweigt man.

Nach dieser Argumentation der Nationalsozialisten müssen wohl alle deutschen Konzerne und alle deutschen Trusts mit Sondersteuern bestraft werden, weil sie ihre Preise während der Krise nicht genügend senkten. So wären z.B. die schwerindustriellen Freunde der Nazis aus der Eisen- und Zementindustrie mit Sondersteuern zu bestrafen, da sie Eisen- und Zementpreise überhöht gehalten haben. Auch die grossagrарischen Freunde der Nazis, die während der Krise sogar die Getreidepreise steigerten. Wir haben nichts dagegen.

Aber, so fragen wir, wo waren die Nazis, als die Sozialdemokratie gegen Kartellunfug und Kartellpreise vorging. Sie haben sich damals gar nicht um den Kartellunfug gekümmert, sondern begnügten sich damit, ihren SA-Leuten neue Uniformen zu verschaffen, die vermutlich von Kreisen bezahlt werden, die an den überhöhten Kartellpreisen wesentlich interessiert sind.

Weizenangebot klein.

(Berliner Getreidebörse vom 14. Sept.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Mittwoch die Stimmung für Weizen merklich fester. Das Angebot an Weizen ist wieder sehr klein geworden, die Nachfrage hat sich gleichzeitig belebt. Das Mehlgeschäft lässt allerdings nach wie vor zu wünschen übrig; aber die Exportaussichten werden wieder etwas besser beurteilt. Infolgedessen wurde am Promptmarkt der Weizenkurs um 1 Mark heraufgesetzt, während sich die Preise am Markte der Zeitgeschäfte um etwa eine halbe Mark befestigten. Roggen war in den Vormittagsstunden gleichfalls etwas fester, hat sich jedoch zu Beginn der Börse wieder abgeschwächt. Die wenigen Abschlüsse, die getätigt wurden, erfolgten zu letzten Preisen, auch die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte wie im Prompthandel blieben im wesentlichen unverändert. Das Mehlgeschäft ist weiter ausserordentlich ruhig. Namentlich wird darüber geklagt, dass bei laufenden Abschlüssen die Abrufe nur sehr spärlich und schleppend erfolgen. Von neuen Käufen in beiden Sorten ist kaum etwas bekannt geworden. Hafer hatte stetige Tendenz. Bei ausreichendem Angebot herrschte kleines Bedarfsgeschäft.

	13. 9.	14. 9.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	205 - 207	206 - 208
Roggen	160 - 162	160 - 162
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industriergerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	136 - 141	136 - 141
Weizenmehl	25,00 - 30,00	25,00 - 30,00
Roggenmehl	21,75 - 24,00	21,75 - 24,00
Weizenkleie	10,00 - 10,40	10,00 - 10,40
Roggankleie	8,40 - 8,90	8,50 - 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Sept. 222-222 B (220), Okt. 221½ (220); Dez. 221½-221½ (220), März 227½-227 (226), Roggen Sept. 174 (174), Okt. -bis 174 (174½), Dez. 176-175½ (176), März - bis 178 (179), Hafer Sept. - bis 146 G. (-), Dez. - bis 145 (145), März 149 (-).



Gefahren für die Beamten.

Kampffront des ADB.

SPD. Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes befasste sich am Mittwoch eingehend mit der politischen, wirtschaftlichen und insbesondere der beamtenpolitischen Lage. Die Beratungen wurden getragen von einem Vortrag des freigewerkschaftlichen Beamtenführers Reichstagsabgeordneter Dr. Völter. Er beleuchtete die Gefahren, die der Beamtenschaft von der Wirtschaftspolitik, Verwaltungsreform und Personalpolitik des neuen Kurses drohen.

Der Bundesausschuss des ADB sieht in dem von der Reichsregierung eingeschlagenen Wege der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik ernste Gefahren für die Beamtenschaft. Angesichts der Vorwegnahme von Steuererträgen künftiger Jahre, angesichts der Verringerung der Steuereinnahmen durch fortgesetzte Schrumpfung der Kaufkraft ist eine Verschärfung der Finanznot der öffentlichen Körperschaften, insbesondere der Länder und Gemeinden, zu befürchten, die in der Vergangenheit zum Anlass für Kürzungen der Beamtengehälter und Abbau der Beamtenrechte genommen wurde. Eine weitere Senkung des Lohnniveaus würde diese Gefahr noch verstärken.

Der Kampf um die Erhaltung des Berufsbeamtentums, der gleichbedeutend ist mit dem Kampfe um den Schutz seiner materiellen Lage und seiner sozialen Rechte, kann mit Erfolg nur geführt werden, wenn die übrige Arbeitnehmerschaft den ihr aufgezwungenen Kampf erfolgreich besteht. Das Interesse an der eigenen Existenzhaltung zwingt daher die Beamten an die Seite der kämpfenden Arbeitnehmer und muss sie veranlassen, in Solidarität und Opferwilligkeit alle ihre Kräfte einzusetzen, um in gemeinsamer Front mit Arbeitern und Angestellten auf dem Boden der Demokratie politisch und gewerkschaftlich die bevorstehenden schweren Kämpfe durchzuführen. Der Ausgang dieses Ringens wird auch über die materielle und ideelle Zukunft des Beamtentums entscheiden. Zurücksinken in Abhängigkeit von der Herrschaft reaktionärer Machthaber oder Neuaufstieg als freier, gleichberechtigter Teil des Volkes, als wirtschaftlich und sozial gesicherter Berufsstand; das sind die Möglichkeiten, zwischen denen die Beamtenschaft zu wählen hat.

Die Verordnung des Reichskommissars für Preussen zur Reform der Verwaltung, die im Gegensatz zu den Richtlinien und Vorschlägen des ADB Stärkung der Machtfülle der höheren Bürokratie, Einengung der Selbstverwaltung und Beseitigung der Kollegialverwaltung bringt, wird im Zusammenhang mit der als "Vereinfachung und Verbilligung" bezeichneten Aenderung der Zuständigkeiten zu einem umfangreichen Abbau von Beamtenstellen und Beamten führen. Weder über die Verordnung noch über die Art ihrer Durchführung ist mit den Beamtenorganisationen verhandelt worden. Die Verordnung enthält keine genügenden Rechtsgarantien für die Versorgung und die anderweitige Unterbringung der von den Massnahmen betroffenen Beamten. Die weitgehenden Befugnisse, die den Aufsichts- und Beschlussbehörden gegenüber den Gemeinden gegeben werden, bringen insbesondere den Gemeindebeamten ernste Gefahren.

Der Bundesausschuss des ADB legt gegen dieses Vorgehen des Reichskommissars nachdrücklichst Verwahrung ein. Es zeigt der Beamtenschaft den wahren Charakter dieser neuen Art der Staatsführung, die in den Beamten nur Objekte der Regierungsgewalt sieht. Die berechtigten Interessen der Beamten können nur in einer dem Volksempfinden und den Bedürfnissen der Staatsverwaltung entsprechenden Reichs- und Verwaltungsreform gewahrt werden, die durch Ausbau der Selbstverwaltung die politisch fortschrittlichen und aufbauenden Kräfte des Volkes auslöst. Sie kann nur auf dem Wege und mit den Mitteln der Demokratie verwirklicht werden. Aus diesem Grunde bleibt der Kampf um die Erhaltung und Stärkung der Demokratie die wichtigste Aufgabe auch im Hinblick auf die Erfordernisse einer zeitgemässen Reform des inneren staatlichen Lebens und der Verwaltung.

Die jahrelang gegen die sogenannten "Parteibuchbeamten" betriebene unwahrhaftige Agitation hat mit dem politischen Kurswechsel im Reich und in Preussen zu einer Personalpolitik geführt, die sich ausgesprochen gegen die republiktreue Beamtenschaft richtet. Wenn auch politische Beamte jederzeit ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können, so haben doch die bisherigen Regierungen von diesem Recht nur gegen Beamte Gebrauch gemacht, die die Republik bekämpft oder den Weisungen der Regierung Widerstand geleistet haben. Im Gegensatz zu dieser Praxis hat der Reichskommissar für Preussen ohne jeden ersichtlichen Grund zahlreiche republiktreue Staatsfunktionäre aus massgebenden Stellungen ohne Rücksicht auf ihre anerkannte und bewährte Qualifikation entfernt. Ferner wird durch Versetzung vieler nicht politischer Beamter von wichtigen, insbesondere von personalpolitisch bedeutsamen, auf weniger einflussreiche Posten eine politisch einseitige Zusammensetzung des Beamtenkörpers in den leitenden Stellen angestrebt. Disziplinarmassnahmen und Einleitung von Untersuchungen gegen pflichttreue Beamte führen zur Einschüchterung, öffnen dem Denunzianten- und Angebertum Tür und Tor und untergraben das Vertrauen zu unparteilicher Staatsführung auf dem Gebiete der Personalpolitik. Wenn der pflichttreue und korrekte republikanische Beamte seine Stellung und damit die Existenz seiner Familie gefährdet sieht, so muss dies Unsicherheit, Herabsetzung der Dienstfreudigkeit und damit der Leistungsfähigkeit hervorrufen, die für den Staat gerade in der gegenwärtigen schwierigen Zeit von grösstem Nachteile sind. Auch Unabhangigkeit und Ueberparteilichkeit der Beamten werden schwer gefährdet.

Der Bundesausschuss protestiert gegen diese Personalpolitik. Den geschädigten und gefährdeten Kollegen gibt er namens aller freigewerkschaftlich organisierten Beamten die Zusicherung, dass der ADB im Kampfe um die Wahrung ihrer Rechte nicht nachlassen wird. Sie zu schützen und zu unterstützen, ist eine seiner wichtigsten Aufgaben, die er im Verein mit den angeschlossenen Verbänden tatkräftig durchführen wird. An die gesamte republikanische Beamtenschaft aber ergeht die Aufforderung, in treuer Pflichterfüllung auszuharren als Vorposten der Demokratie in der Verwaltung eines Staatswesens, das durch ihre und aller Arbeitnehmer vereinte Bemühungen zu einem Hort der Wohlfahrt und Freiheit aller Volksgenossen umgebaut werden soll.

Diese Stellungnahme des Bundesausschusses wurde in einer einstimmig angenommenen Entschliessung festgelegt. Im übrigen beschäftigte sich der Bundesausschuss nach einem Referat des Vorstandsmitgliedes Kunze mit der Aktivierung der freigewerkschaftlichen Agitation und der Aufklärungsarbeit in der Beamtenschaft.

SPD. Die Verhandlungen für den Wiederabschluss eines Tarifs in der Schuhindustrie, die in diesen Tagen in Berlin stattfinden sollten, sind auf Verlangen der Arbeitgeber zunächst bis zur Klärung der durch die Notverordnungen geschaffenen neuen Rechtslage verschoben worden. Die Arbeitgeber wollen vor allem die Durchführungsverordnungen für die Neufestsetzung der Löhne aufgrund des Wirtschaftsprogramms der Regierung abwarten.-

Der Beirat des Zentralverbandes der Schuhmacher nahm am Mittwoch in Berlin zur Notverordnung Stellung. Nörpel, der Arbeitsrechtler des ADGB, gab einen Ueberblick über die neue tarifpolitische Situation.

Der Beirat erblickt, wie er in seiner einstimmig festgelegten Willenskundgebung betont, in der Verordnung zur "Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" eine schwere Verletzung und einen verfassungswidrigen Eingriff in die tariflich festgelegten Rechte. Die Verordnung verstosse gegen die Vertragsgrundlagen der Unabdingbarkeit, Vertragstreue und Friedenspflicht. Seit Jahren hätten die Gewerkschaften die Wiedereinreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess gefordert. Um dieses Ziel zu erreichen, hätten sie neben ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm die Arbeitszeitverkürzung gefordert. Durch reguläre und generelle Arbeitszeitverkürzung könnten mehr Arbeitslose in Arbeit und Brot kommen als durch die Papen-Notverordnung.

Der Beirat lehnt die Verordnung als ein untaugliches Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft ab. Er bekämpft auf das entschiedenste den geradezu ungeheuerlichen Abbau der Löhne von der 31. bis 40. Arbeitsstunde und die Möglichkeit für sogenannte "gefährdete Betriebe", den tariflichen Lohn zu durchbrechen. Der Beirat fordert die Arbeitnehmer in der Schuhindustrie und im Schuhhandwerk auf, jedem Lohnabbau schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Dieser Abwehrwille richte sich nicht gegen die Einstellung von Arbeitslosen, sondern gegen den reaktionären Angriff auf das Tarifrecht und die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft.

SPD. Im Preussischen Landtag liegt von der Zentrumsfraktion ein Antrag vor, der vom Staatsministerium fordert, die Instandsetzung von Bekleidungsstücken der Schutzpolizei wieder dem selbständigen Gewerbe, vornehmlich dem Schuhmacher- und Schneiderhandwerk, zu übertragen und die von den Schutzpolizei-Körperschaften und -Verwaltungsstellen eingerichteten eigenen Instandsetzungsbetriebe abzuschaffen. Weiter fordert der Antrag, die Vergabe dieser Instandsetzungsarbeiten an die Gefängnisse einzustellen.-

Der Antrag, der, wie wir hören, von Mitgliedern der Zentrumsfraktion eingereicht wurde, ohne dass die Gesamtfraktion dazu Stellung genommen hat, erscheint uns verfehlt. Auch die Zentrumsparlei will doch bestimmt keine Vermehrung der Arbeitslosenzahl. Darauf würde aber die Durchführung des Antrages hinauslaufen. Gewiss ist auch das Schuhmacher- und Schneiderhandwerk nicht auf Rosen gebettet. Aber eben deswegen würde die Vergabe der Instandsetzungsarbeiten an die Handwerker zu keiner Neueinstellung von Arbeitskräften führen. Die Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsgelegenheit ist eben zur Stunde die Hauptaufgabe.

Zustimmen kann man dem Teil des Antrags, der verlangt, dass Instandsetzungsarbeiten in den Gefängnissen bis auf weiteres nicht mehr ausgeführt werden dürfen. Das Justizministerium sollte sich einmal den Kopf darüber zerbrechen, ob man nicht wenigstens in einer Zeit der Riesenarbeitslosigkeit die Gefängnisinsassen auch einmal mit anderen Arbeiten beschäftigen kann.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 14. Sept. 1932.

Ein Kofferchen gefunden!^x

SPD. Da die "Mode" von jedermann gebieterisch Unterwerfung verlangte, so legte sich auch Herr Kakah, der Mode zwar um ein paar Jährchen nachhinkend, in diesen Tagen zu seiner bildschön bestickten altväterlichen Reisetasche noch ein Handkofferchen - ein sogenanntes "Stadtkofferchen" - zu: ein Lederkofferchen, verschliessbar, eckig, stabil. Um als Nachzügler der Mode modern zu sein, erstand sich Herr Kakah das winzigste Liliputaner-Kofferchen.

Wer da glaubt, dass nach dieser kurzen Angabe das Handkofferchen des Herrn Kakah nicht gross sein kann, der irrt sich; es ist noch viel winziger! Herr Kakah bringt die Zahnbürste, das Rasierzeug und einen Bleistift in ihm unter. Einmal ist es ihm sogar gelungen, die Badehose und einen abgebrauchten Seifenlappen in dem Kofferchen unterzubringen. Das gelang, als er einmal zum Schwimmen gehen wollte. Da es ihn etwas genierte, das Badezeug unterm Arme, wie ein Schuljunge seinen Lernballast, zu tragen, so sagte er sich: wozu ist denn das Kofferchen da?

Also ausgerüstet, ging er nach der Schwimmhalle. Aber er kam über den Vorhof der Schwimmherrlichkeit nicht hinaus. An der Kasse stiessen sich die Leute an, als sie ihn mit dem Kofferchen erblickten. "Seife gefällig - prima staubfrei!" uzte ein Dicker sehr unschön. Herrn Kakah verdross das. Er trat, in vornehmer Art schweigend, zurück, versteckte hinter seiner Sitzgelegenheit den anstössigen Koffer - denn alle hatten in der Vorhalle zum Schwimmbassin das Badezeug unter den Arm geklemmt - und zog es vor, das Schwimmen um ein paar Monate aufzuschieben.

Als Herr Kakah den Tummelplatz der Badebeflissenen bekümmert verliess und die unvermeidliche Freitreppe vor dem Palastbau des Nachkriegsbades hinabstieg, fragte ein Schmächtiger ihn teilnahmsvoll: "Schlechte Geschäfte? - Ja, sind schlechte Zeiten!" Herr Kakah war so undankbar, ihm nichts zu antworten, sondern nur dem Kofferchen einen Knuff zu geben, dass es dumpf Unverständliches gurgelte. Es hatte wohl einen blauen Fleck abbekommen. Herrn Kakahs Hand übrigens auch.

An der nächsten Ecke lockte mit buntem Schild ein Zigarrengeschäft. Herr Kakah gedachte seinen Ärger über diesen lächerlichen, überflüssigen, unpraktischen Handballast zu verqualmen und tratforsch in den Laden. Doch als ihn der Zigarrenmann mit dem Kofferchen erblickte, hob er "Hilfe!" schreiend gleich beide Hände, vollführte wilde trockene Schwimmbewegungen und schrie: "Keinen Bedarf - danke, danke! Machen Sie bloss rasch die Tür wieder von draussen zu!" Das tat Herr Kakah denn auch, da es so energisch verlangt wurde, und weil ihn die Verkenennung seiner durchaus edlen Absichten kränkte. Der Koffer bekam dabei einen neuen Knuff und einen weiteren blauen oder sonst gefärbten Fleck. Die Hand des Herrn Kakah dito.

Als Herr Kakah aus dem Laden heraus war und davonzustreben die Absicht hatte, traf ihn der Blick eines Mannes. Dieser Mann trug einen ähnlichen, nur minder neuen und minder kleinen Koffer in der Hand, lächelte boshaft und blickte Herrn Kakah nach, als er vor seinem unangenehmen Blicke schleunigst die Flucht ergriff. Er witterte anscheinend einen Konkurrenten in Herrn Kakah, der Törichte!

Herr Kakah fand, dass er es nun gründlich satt hatte, und gelobte sich, nie mehr sein angeblich so nützliches Kofferchen zu benutzen, sondern seiner bildhübsch gestickten altväterlichen Reisetasche treu zu bleiben, wenn ihn

einmal Mut zu einer Reise in die weite Welt überfallen sollte. In der Stadt aber würde er sich hüten, dieses Ärgernis erregende Kofferchen jemals wieder mit sich herumzuschleppen. - -

Ein Gepäckträger lief ihm im Augenblick dieses heroischen Entschlusses über den Weg. "He, mein Bester", rief er ihn an, "tragen Sie mir mein Gepäck nach der Heimburggasse 109, drei Treppen, links, sechste Tür im fünften Korridor!"

"Schön", erklärte der Wackere herablassend. "Wo haben Sie denn das Gepäck?" Herr Kakah hielt dem athletischen Gepäckträger sein geliebtes Liliputkofferchen hin. Da fing der Gepäckträger furchtbar und ergiebig an zu schimpfen, dass die Leute zusammenliefen und ein blauer Schupomann interessiert herbeisteuerte. Herr Kakah wand sich wie ein gereizter Aal durch den Trubel, knuffte dem Kofferchen und seiner Hand neue blaue Flecken, sprang auf die Strassenbahn und fuhr schleunigst von der Stätte dieser durchaus unrühmlichen Taten davon.

In der Strassenbahn liess er sein liebes kleines Kofferchen stehen. In voller Absicht. Mitsamt der Badehose und dem altertumsmuseumreifen Seifenlappen.

Am nächsten Morgen stand eine Anzeige in der Zeitung. Ein durch und durch ehrlicher Finder hatte das Kofferchen gefunden. Aber das ist Herrn Kakah höchst gleichgültig! Seine Beziehungen zu dem Koffer betrachtet er als vollkommen gelöst. Er ist bereit, es schriftlich zu geben. Karl Lütge.

----- Das goldene Herz.^x -----

Eine utopische Groteske von Bob Willey.

SPD. Dr. Eduard Ritter sass auf einem kleinen Polsterhocker neben der Couch, auf der eine schöne, schlanke Frau - seine Frau - lang ausgestreckt ruhte, sah ihre geschlossenen Augen, dämpfte das Licht noch ein wenig ab und dachte, dass es vom Schicksal garnicht so unrecht wäre, wenn er jetzt dort ruhen und seine Frau neben ihm sitzen würde. Er war todmüde, hatte nur wenig geschlafen in der Eisenbahn in der letzten Nacht. Er kam von einer schwierigen Operation. Vom Bahnhof ging's gleich in die Sprechstunde; von dort holte seine Frau ihn ab; sie fuhren zum Essen, dann zu einem Nachmittagstee, den sie mitmachen mussten, und der länger dauerte, als vorgesehen. Dann waren sie nach Haus gekommen, und nun....

Ina schlug die Augen auf und strich mit den schmalen, wunderbar gepflegten Händen leicht über ihr schwarzes Haar. "Es ist gleich vorüber," sang ihre volle Altstimme durch den halbdunklen Raum. - "Wieviele Jahre gibst Du mir noch, Herr Doktor?" lächelte sie dann. Er lächelte auch. "Siebzig im Höchstfalle, da Du jetzt dreissig bist. Älter als hundert wird eine gebildete Frau nicht."

"Oder sie ist nicht mehr gebildet", vollendete sie den Gedanken. "Aber im Ernst, ist das wirklich so harmlos?"

Er streichelte ihre nackten Arme: "Kind, wie oft soll ich es wiederholen! Dein Herz ist nicht das allerstärkste in Europa; das stimmt. Aber das besagt nichts, wenn Du Dich ein bisschen schonst, wie sonst. Heute freilich: Du hast viel getanzt, - wenn auch nicht mit mir, Gott sei Dank, ich konnte nicht, - Du hast nach Deiner eigenen Schätzung drei Tassen Tee zu viel getrunken, behauptest, Dir ausserdem noch den Magen etwas überladen zu haben; na, da gibt es denn mal ein Warnungssignal. So einen roten Polizeistrich am Druckmesser: Bitte halt; mehr geht nicht!"

Sie drückte ihm dankbar die Hand. "Wenn Du es sagst, - ich möchte noch einen Augenblick still liegen. Geh doch inzwischen schlafen!"

Er schüttelte den Kopf. Sie konnte es nicht mehr sehen, weil sie die Augen schon wieder geschlossen hatte. Er quälte sein müdes Hirn mit Gedanken: War es wirklich so harmlos? Sein Blick glitt über die liegende Frau. Viel, unglaublich viel konnte man helfen, wenn an einem solchen Organismus etwas versagte.

Zentimeterweise wanderten seine Augen über ihren Körper. Von den winzigen Füssen über die langen, schlanken Beine, über Körper, Brust und Hals bis zum Haaransatz an der Stirn. Ja, viel konnte man helfen, vom wirklichen Heilen bis zum direkten Ausbessern. Und auch das noch mit der Steigerung von der einfachen Zahnfüllung bis zum Ersatz eines ganzen Gliedes. Nur Auge, Hirn und Herz waren gefährliche Ecken. Da konnte man vollkommen machtlos sein. Ihn interessierte hier nur das Herz. Sollte nicht doch vielleicht.... Es war doch nur ein sogar einfacher, Pumpmechanismus. Aus welchem Material könnte man ihn bauen? Metall natürlich, aus vielen Gründen. Und selbstverständlich Gold.

Unwillkürlich lächelte er. Ein goldenes Herz! Wie im Volksmärchen. Aber die Märchen hatten ganz richtig geahnt. Etwa das Märchen von der Kaufmannstochter mit der Wünschelrute, die zum Feste fährt und dann heimlich davongeht, ihren Wagen besteigt und wünscht:

"Hinter mir dunkel und vor mir klar,

Damit niemand sehe, wohin ich fahr'."

Als Ina ihrem Töchterchen das Märchen vorgelesen hatte, da sprach das Kind von Automobilscheinwerfern und gelöschtem Schlusslicht.

Warum also nicht auch ein goldenes Herz? Um den mystischen Preis, der in den Märchen gezahlt werden musste, war ihm nicht gänge. Im Märchen kostete eine Wünschelrute auch mindestens ein Menschenleben und die Arbeit eines Menschenlebens dazu. Und ein Auto in Wirklichkeit....

Lass mal sehen! Das Herz mit Rücksicht auf den vorhandenen Raum also in Naturform und -grösse, aus möglichst dünnem Golde, damit es leicht wird. Leichter als das richtige, wenn möglich. Innen einige Ventile, die ohne Fettdichtung wasserdicht sind, und dann noch der Pumpmechanismus, der von irgendwoher Kraft erhalten muss, die an sich gering ist für eine Maschine. Da müsste man einen Ingenieur fragen.....

In dreihundert Tagen verschlimmerte sich Frau Inas Krankheit stark. Aber sie wurde immer schöner dabei. Und in dreihundert Tagen wurde die goldene Herzprothese zur praktischen Brauchbarkeit vollendet. Als er Ina das goldene Herz brachte, blank und glänzend, in roter Watte verpackt, da hielt sie es zuerst für ein Schmuckstück und viel ihm um den Hals, bevor sie es noch richtig gesehen und erkannt. "Für mich!"

"Ja," sagte er sehr ernst. "Für Dich. Fünfzig Tage hast Du noch mit Deinen eigenen Herzen, Du weisst es doch. - Willst Du es wagen? Die Chance Null!"

"Für Dich will ich es," nickte sie....

Der Kollege Professor Eysenberger führte die Operation aus, Studentenarbeit bei einer Leiche, - unerhört neu und kühn bei einer Lebenden. Und gut führte er sie aus. Auch die Chance Null traf einmal zu. Vier Wochen narkotischer Schlummer, vier Wochen Gewöhnung an das Leben und weitere vier Wochen noch unter Beobachtung zum Studium und aus Vorsicht.

Dann kam sie unangemeldet zu ihrem Manne. In die Sprechstunde. Sie wartete unter den Patienten. Als sie an der Reihe war, ging sie hinein und hiess ihn die Narbe suchen, - auch er fand sie nicht gleich. Der Kollege Eysenberger verstand sein Fach.

Es wäre Unsinn, jetzt zu erzählen, dass Ina sich geändert hätte. Dass sie weniger mitfühlend mit Anderen, weniger verliebt in ihren Mann gewesen wäre. Das hatte mit dem Herzen nichts zu tun, und mit den paar Hormonen wurde die Medizin schon fertig. Nureine Kleinigkeit war anders geworden: ihr Mann bekam sie jetzt nicht mehr zu sehen. Tanztourniere, Schönheitskonkurrenzen, Autorennen für Damen, Segelfahrten im Sturm, Montblanc-Besteigungen und Ozeanflüge,

Ihr Herz hielt es ja aus, arbeitete lustig im Zweitakt, wo die trainiertesten Sportsleute die Segel strichen. Und Dr. Ritter sass, abgearbeitet und müde, auf der leeren Couch, die ihre zärtlichsten Stundengesehen, und sah im Fernseher ein buntes, plastisches Bild seiner Frau, wünschte, sie wieder einmal in Ruhe küssen zu können.....

"Aber das hat doch mit meinem kleinen Anfall nichts zu tun", sagte sie lachend und legte die Arme um seinen Hals. "Im übrigen solltest Du jetzt aber lieber schlafen gehen. Du siehst bedeutend schlechter aus als ich."

Walter Scott.^x

(Zu seinem 100.Todestage am 21.September.)

SPD. Ueber der westfälischen Ebene lag eine stille, duftschwere Hochsommer nacht. Auch in dem kleinen Rüschaus, dem bescheidenen Wohnsitz der Dichterin Annette von Droste-Hülshoff, war längst jeder Laut verstummt. Nur Annette selbst sass noch wachend über einem Buche, das sie völlig gefangen hielt. Ihre kurz-sichtigen Augen schmerzten; das Lichtstümpfchen, das vor ihr stand, war bedenklich heruntergebrannt und flackerte; aber was bedeutete das im Vergleich zu dem Hecngenuss, den das stille, ungestörte Lesen bot! Niemand störte sie jetzt weder die strenge, haushälterische Mutter, die sie mitten aus schönsten Gedanken und Dichtungen in die Küche hinab befahl, noch das laute Treiben der ländlichen Wirtschaft.

Mit bebenden Fingern wandte das Fräulein Blatt um Blatt. Ihre Augen verschlangen die Buchstaben, und ihr Herz klopfte laut und stürmisch. Es war ein herrliches Werk, dieser Roman "Ivanhoe" des schottischen Dichters Walter Scott. Sie konnte es nicht aus der Hand legen, bevor sie es zu Ende gelesen hatte. Alles um sie her war versunken. Sie lebte selbst in diesen mittelalterlichen Gestalten; sie ritt mit Richard Löwenherz aus dem Heiligen Lande zurück und kämpfte auf den Turnieren; sie durchschweifte das sagenumwobene, in Blut getränkte Grenzgebiet Schottlands und rastete in efeuumsponnenen, zinnengekrönten Schlössern. Die Gegensätze zwischen Sachsen und Normannen, die Kämpfe um Macht und Besitz, die Abenteuer Ivanhoes, des verbannten Cedriksohnes, der als Pilger durch das Land zieht und die Jüdin Rebekka, die ihn liebt, befreit - das alles stand als unmittelbare Wirklichkeit aus diesen Blättern auf. Annette trank jedes Wort begierig in sich hinein, und selbst die lang ausgesponnenen Schilderungen der schottischen Landschaft, der Kleidung seiner Bewohner, der Einzelheiten ihres Lebens zwangen sie in den Bann einer dichterischen Kraft, die sie beglückt und hingeeben wie ein Echo alles dessen empfing, was in ihr selbst nach Ausdruck drängte. Mit jedem Buche Walter Scotts erging es ihr so. Als Levin Schücking, ihr Herzensfreund, ihr an einem Herbsttage das "Lied des letzten Minstrels" und das "Fräulein vom See" aus Münster mitgebracht hatte, da war sie nicht eher zur Ruhe gegangen, als bis beide Bücher ausgelesen waren. Und nach der Lektüre von "Kenilworth" hatte die gestrenge Frau Mutter ihre Fragen in immer schärferem Tone wiederholen müssen, weil Annette in Gedanken noch völlig am Hofe des Grafen Leicester und seiner getrauten Gattin Amy, die auf verruchte Weise aus dem Wege geräumt wurde, weilte und an das grossartige, prunkvolle Hoffest dachte, das Scott so spannend mit allen Einzelheiten dargestellt hatte.

Draussen dämmerte schon leise der Morgen, als Annette endlich das Buch aus der Hand legte. Es rauschte und brauste in ihr. Alles, was die strenge Erziehung, die Einsamkeit, das gewaltsame Unterdrücken aller starken Triebkräfte in ihr zum Schweigen gebracht hatte, wachte wieder auf, wenn dieser geniale Schotte zu ihr sprach. Und doch war er selbst schon seit über einem Jahrzehnt tot, zu Grunde gegangen an Erschöpfung und Überarbeitung, die er auf sich

genommen hatte, um die Schuldenlast von 150 000 Pfund abzuzahlen, seinen Anteil an dem sensationellen Bankzusammenbruch seiner Verleger. Annette sah träumend vor sich hin. Er war tot, wie so viele ihrer Nächsten, und doch gehörte er zu ihr wie ein Lebender. Sie kannte seinen Werdegang, als hätte sie ihn selbst miterlebt.

Das Fräulein hatte den Kopf auf das geschlossene Buch gelegt. Bild um Bild zog an ihr vorüber. Sie sah einen kleinen, zarten Jungen vor sich, bei dem eine Kinderkrankheit die Lahmheit seines Fusses hinterlassen hatte, und den man zur Kräftigung zu seinen Grosseltern nach Sandy-Knowe sandte. Es war eine herrliche Landschaft, in der das Kind aufwuchs. Jeder Berg, jeder Baum, jeder Bach erzählte von grossen Geschehnissen, und was die Landschaft verschwie, das ergänzten die Erzählungen der Grossmutter, die dem wissbegieriger Enkel Hunderte von Sagen und Märchen mitteilte. Und wenn es in den Pausen der Schulstunden des Gymnasiums zu Edinburgh besonders steif und langweilig zuging, dann brauchten die Kameraden ihren Mitschüler nicht lange zu bitten, dass er ihnen Geschichten erzählen solle. Walter Scott war gern jederzeit dazu bereit, denn das Herz des künftigen Dichters und Romanschriftstellers war übergelb, und das Erzählen war ihm Lebensbedürfnis. So blieb es, bis der Sheriff von Selkirkshire, zu dem sich Scott emporgearbeitet hatte, anstelle der mündlichen Erzählungen den schriftlichen Weg wählte und sich damit bewusst als Romanschriftsteller und Dichter bekannte. Er brauchte ja nur die Hand auszustrecken um Romanstoffe in reicher Fülle einzuheimsen. Die Lieder und Balladen seines Heimatlandes, die er sorgsam gesammelt hatte, die Sagen und Ueberlieferungen, die hier seit Jahrhunderten lebten, boten ihm reiche Anregungen. Aber noch viel mehr strömte auf ihn ein. Lebte nicht, viele Hunderte von Kilometern von ihm getrennt, aber ihm innerlichst verbunden, in einer deutschen Kleinstadt ein stürmisch Vorwärtsdrängender, ein genialer Brausekopf, der Dichter des "Götz von Berlichingen"? Begierig griff Walter Scott nach diesem Drama, dem Ausdruck aller Grenzen überflutender romantischer Weltanschauung und genialer Dichterkraft. Was lag ihm näher, als den "Götz" ins Englische zu übertragen, wie er die Bürgerschen Balladen "Lenore" und "Der wilde Jäger" bereits übersetzt hatte? Was waren Grenzen der Länder und Völker, was bedeuteten Festländer und Meere gegenüber diesen geistigen Strömungen, die hinüber und herüber wogten, die Menschenseelen und Gehirne mit magischer Kraft zu verbinden wussten! - -

Ein lauter Schwalbenruf liess Annette von Droste erwachen. Draussen schimmerte helles Frührot. Im Hofe öffnete der Knecht die Ställe. Annette erhob sich und trat ans Fenster. Sie war seltsam erfrischt und ausgeglichen, obwohl sie in dieser unbequemen Stellung fast eine Stunde geschlummert hatte. Ein starker, herber Duft von reifendem Getreide, von fruchtbarer Erde kam aus den Feldern zu ihr herüber. Aus dem Weiher, auf dem die Wasserrosen blühten, stieg feiner Nebel empor. Annette sah still und etwas wehmütig in die Ferne. Ihr Kind, ihr Herzensjunge, dem sie so gern Mutter und Freundin gewesen war, der einzige, dem sie das Erlebnis dieser Nacht hätte anvertrauen mögen, war längst von ihr getrennt, nicht nur räumlich. Für ihn war sie nur ein Teil dessen gewesen, was er ihr bedeutet hatte. Annette legte die Hand vor die Augen. Dann aber wandte sie sich entschlossen um. Ihr Blick umfasste ihr kleines Reich, ihr "Schneckenhäuschen", wie sie es nannte, ihre Bücher und Handschriften, ihre Steine und Mineralien, ihre Briefe und Manuskripte. Langsam schlug sie das Buch auf, das sie in dieser Nacht sich selbst hatte völlig vergessen lassen. Ein Bildnis des Dichters schmückte die erste Seite. Walter Scotts edel geschnittenes, durchgeistigtes Gesicht sah sie an, ein seltsam vertrautes, längst bekanntes Antlitz, obwohl sie es jetzt zum erstenmale genau betrachtete. Nein, sie war nicht allein, die einsame, unbekannte, in ihrem westfälischen Winkel vergrabene deutsche Dichterin. Sie alle, die vor ihr gekämpft und gelitten hatten, ihre Geistesverwandten, die Dichter und Künstler aller Völker der Erde, hatten sie aufgenommen als eine der Ihrigen.

Elke.

Ein Dichter stirbt.^x

SPD. Als Goethe Walter Scotts "Leben Napoleon Bonapartes" gelesen hatte, lobte er das Werk vor allen und nannte Scott den berühmtesten Erzähler des Jahrhunderts. Ganz Europa kannte "Waverley", "Rob Roy" und "Ivanhoe". König Georg IV. hatte dem lahmen schottischen Advokaten die Würde eines Baronet verliehen. Nach Abbotsford, Sir Walters Landsitz, kamen Prinzen, Herzöge und Lords als Gäste des Dichters. Der blieb trotz aller Ehrenerweisungen der still und einfache Mensch, der er immer gewesen war. Er ritt mit seinen Gästen aus und zeigte ihnen die Ruinen von Melrose und die andern historischen Stätten, wo seine Romane spielten, diese dickleibigen, gelehrten Romane, die vergessene Zeitalter neu belebten. Eine ganze Bibliothek davon hatte Walter Scott bereits geschrieben.

Aber das Schicksal lag schon auf der Lauer, um den glücklichen und erfolgreichen Dichter zu fassen. 1826 machte sein Verleger Ballantyne Bankerott. Walter Scott, der an dem Verlage geschäftlich beteiligt war, verlor nicht nur sein Vermögen; er sollte plötzlich auch noch die phantastische Summe von 120 000 Pfund schuldig sein. Ritterlich, wie ein romantischer Junker aus einem seiner Romane, verpflichtete er sich, die gewaltige Schuldsumme bis auf den letzten Penny abzutragen.

Die Gläubiger hatten ihm alles genommen: seine Möbel, seine Bücher, seine Sammlungen, sein Tafelsilber. Schloss Abbotsford, das Familien-Fideikommiss, hatten sie ihm nicht nehmen können. Und das Schreibpult war ihm auch geblieben... An dieses Schreibpult gekettet, wie ein Galeerensträfling an sein Ruder, verbrachte Walter Scott die nächsten Jahre. In fünf Jahren schrieb er 17 Bücher. Für die Gläubiger. In nur 2 Jahren waren von der Schuld 40 000 Pfund bezahlt. Die verhältnismässig anständigen Gläubiger gaben daraufhin das persönliche Eigentum des Dichters zurück, "in Anerkennung seines ehrenhaften Benehmens und der noch nie dagewesenen Anstrengungen zu ihren Gunsten."

Sir Walter hatte seine Sammlungen wieder. Da waren die unschätzbaren Antiquitäten und Reliquien: der Beutel, der dem grossen Räuber Rob Roy gehört hatte; das Schwert, das einst König Karl I. dem Marquis von Montrose verliehen hatte; die Andenken an Maria Stuart, an Napoleon. Und das beste Stück: ein grosses Kriegshorn aus den alten Kriegen im englisch-schottischen Grenzlande; ein Horn, wie vielleicht Roland es zu Roncesvalles geblasen hatte, ein gewaltiges Horn mit stählernem Mundstück und an eiserner Kette. Der junge Walter Scott hatte es von einem Ritt durch die Heimat mitgebracht. Das Horn hatte auf dem Helmritt um seinen Hals gehangen. Seitdem war ihm dieses Wunderhorn gleichsam als das Symbol seines schottischen Bardentums erschienen. Dieses Fingerring nun wieder in der Halle von Schloss Abbotsford. Der Barde Schottlands selber aber war hiedergebrochen. Der Tod hatte ihm die Frau geraubt. Die Anstrengungen für die Gläubiger hatten ihn krank gemacht.

Eine englische Fregatte, die ihm wie einem Prinzen zur Verfügung gestellt worden war, brachte den kranken Dichter nach Neapel. Dort verlebte er den Winter 1831/32. Hier, im Süden, erhoffte er Genesung. Ein Schlaganfall hatte den Sechzigjährigen bis in seine Grundfesten erschüttert. Sein Gedächtnis hatte durch die ungeheuerliche Arbeit der letzten Jahre gelitten. Er bildete sich ein, die Schulden ganz abbezahlt zu haben. Das war nicht der Fall. Er schuldeten noch immer die Hälfte der Millionen, die abzutragen er versprochen hatte. Doch niemand wagte es, ihm die schöne Illusion zu zerstören.

Zuerst schien es, als ob Sir Walter sich wieder erholen würde. Dann jedoch gab ihm eine Nachricht den entscheidenden Stoss: die Nachricht vom Tode Goethes. Der Ende März in Weimar gestorben war, und den Scott seit vielen Jahren verehrt hatte. "Götz von Berlichingen" hatte er übersetzt und den "Erlkönig" nachgedichtet, und Goethes Lob für ihn war in den trostlosen Jahren nach 1826 eine der wenigen Freuden gewesen, die er noch erlebt hatte. Sir Walter stand vor

Ein Dichter stirbt.^x

SPD. Als Goethe Walter Scotts "Leben Napoleon Bonapartes" gelesen hatte, lobte er das Werk vor allen und nannte Scott den berühmtesten Erzähler des Jahrhunderts. Ganz Europa kannte "Waverley", "Rob Roy" und "Ivanhoe". König Georg IV. hatte dem lahmen schottischen Advokaten die Würde eines Baronet verliehen. Nach Abbotsford, Sir Walters Landsitz, kamen Prinzen, Herzöge und Lords als Gäste des Dichters. Der blieb trotz aller Ehrenerweisungen der still und einfache Mensch, der er immer gewesen war. Er ritt mit seinen Gästen aus und zeigte ihnen die Ruinen von Melrose und die andern historischen Stätten, wo seine Romane spielten, diese dickleibigen, gelehrten Romane, die vergessene Zeitalter neu belebten. Eine ganze Bibliothek davon hatte Walter Scott bereits geschrieben.

Aber das Schicksal lag schon auf der Lauer, um den glücklichen und erfolgreichen Dichter zu fassen. 1826 machte sein Verleger Ballantyne Bankerott. Walter Scott, der an dem Verlage geschäftlich beteiligt war, verlor nicht nur sein Vermögen; er sollte plötzlich auch noch die phantastische Summe von 120 000 Pfund schuldig sein. Ritterlich, wie ein romantischer Junker aus einem seiner Romane, verpflichtete er sich, die gewaltige Schuldsumme bis auf den letzten Penny abzutragen.

Die Gläubiger hatten ihm alles genommen: seine Möbel, seine Bücher, seine Sammlungen, sein Tafelsilber. Schloss Abbotsford, das Familien-Fideikommiss, hatten sie ihm nicht nehmen können. Und das Schreibpult war ihm auch geblieben... An dieses Schreibpult gekettet, wie ein Galeerensträfling an sein Ruder, verbrachte Walter Scott die nächsten Jahre. In fünf Jahren schrieb er 17 Bücher. Für die Gläubiger. In nur 2 Jahren waren von der Schuld 40 000 Pfund bezahlt. Die verhältnismässig anständigen Gläubiger gaben daraufhin das persönliche Eigentum des Dichters zurück, "in Anerkennung seines ehrenhaften Benehmens und der noch nie dagewesenen Anstrengungen zu ihren Gunsten."

Sir Walter hatte seine Sammlungen wieder. Da waren die unschätzbaren Antiquitäten und Reliquien: der Beutel, der dem grossen Räuber Rob Roy gehört hatte; das Schwert, das einst König Karl I. dem Marquis von Montrose verliehen hatte; die Andenken an Maria Stuart, an Napoleon. Und das beste Stück: ein grosses Kriegshorn aus den alten Kriegen im englisch-schottischen Grenzlande; ein Horn, wie vielleicht Roland es zu Roncesvalles geblasen hatte, ein gewaltiges Horn mit stählernem Mundstück und an eiserner Kette. Der junge Walter Scott hatte es von einem Ritt durch die Heimat mitgebracht. Das Horn hatte auf dem Helmritt um seinen Hals gehangen. Seitdem war ihm dieses Wunderhorn gleichsam als das Symbol seines schottischen Bardentums erschienen. Dieses Horn nun wieder in der Halle von Schloss Abbotsford. Der Barde Schottlands selber aber war hiedergebrochen. Der Tod hatte ihm die Frau geraubt. Die Anstrengungen für die Gläubiger hatten ihn krank gemacht.

Eine englische Fregatte, die ihm wie einem Prinzen zur Verfügung gestellt worden war, brachte den kranken Dichter nach Neapel. Dort verlebte er den Winter 1831/32. Hier, im Süden, erhoffte er Genesung. Ein Schlaganfall hatte den Sechzigjährigen bis in seine Grundfesten erschüttert. Sein Gedächtnis hatte durch die ungeheuerliche Arbeit der letzten Jahre gelitten. Er bildete sich ein, die Schulden ganz abbezahlt zu haben. Das war nicht der Fall. Er schuldeten noch immer die Hälfte der Millionen, die abzutragen er versprochen hatte. Doch niemand wagte es, ihm die schöne Illusion zu zerstören.

Zuerst schien es, als ob Sir Walter sich wieder erholen würde. Dann jedoch gab ihm eine Nachricht den entscheidenden Stoss: die Nachricht vom Tode Goethes. Der Ende März in Weimar gestorben war, und den Scott seit vielen Jahren verehrt hatte. "Götz von Berlichingen" hatte er übersetzt und den "Erlkönig" nachgedichtet, und Goethes Lob für ihn war in den trostlosen Jahren nach 1826 eine der wenigen Freuden gewesen, die er noch erlebt hatte. Sir Walter stand vor

den Ruinen der Stadt Pompeji, und man hörte ihn leise vor sich hinsprechen: "Die Stadt der Toten. Die Stadt der Toten..." Die Welt war für ihn auf einmal finster geworden. Auf der Rückreise hatte er Goethe in Weimar besuchen wollen. Nun war das vorbei. "Ach, Goethe - -", sagte Walter Scott mit schwacher Stimme. "Aber er ist wenigstens zu Hause gestorben. Wir wollen nach Abbotsford!"

Die Rückreise ging über den Brenner durch Deutschland. Sir Walter Scott fuhr den Rhein hinunter, an all den romantischen Burgen vorbei, von denen er sein Leben lang geträumt hatte. Ihm fielen die Stellen aus Byrons "Childe Harold" ein, in denen dieser Rhein verherrlicht wurde. Ja, Byron war nun auch schon tot... Zwischen diesen beiden, Goethe und Byron, dem Älteren und dem Jüngeren, dem Deutschen und dem Engländer, hatte Walter Scott sein Leben lang gestanden; nun war eine Leere um ihn.

In Nymwegen erlitt Sir Walter einen neuen Schlaganfall. Der Kranke konnte noch lebend nach London gebracht werden, und von dort weiter nach Schottland. Als Walter Scott in Abbotsford ankam und sein altes Schreibpult sah, wollte er wieder schreiben. Er wollte den grossen Roman aus der Geschichte der Malteserritter schreiben, den er am Mittelmeer geplant hatte. Aber seine Hand konnte die Feder nicht mehr halten. Da weinte Walter Scott.

Am 21. September 1832 starb er. Drei Monate nach seiner Rückkehr aus dem Süden. In dem grossen gotischen Bankettsaal von Abbotsford stand das Totenbett.
Erich Preusse.

SPD. Das älteste Kulturvolk.^x Die älteste Kultur, von der uns Zeugnisse erhalten sind, ist die des altorientalischen Volkes der Sumerer, die ihre Hochentwicklung etwa um das Jahr 3500 vor Chr., also am Ende der jüngeren Steinzeit erreichte. Hier gab es schon Bibliotheken, in denen sich unter anderm die ersten Tierfabeln fanden. Auch schöne ethische Sprüche finden sich:

"Deinem Feinde vergilt nichts Böses;

Dem, der Dir Böses zufügt, vergilt Gutes!"

Das erinnert an christliche Lehren, wie auch in vielen andern Anschauungen der Sumerer Grundlagen für die Bibeldarstellung zu finden sind. Es gab da Götterdreieinheiten, analog also dem Gedanken des dreieinigen Gottes; die Schlange tritt als Verführerin zum Sündenfall auf; das welterlösende Kind wird von einer Gottermutter geboren. Daneben finden sich auch naturwissenschaftliche Gedanken, nicht realistisch, sondern dichterisch gesehen. So ist das Gold verdichtete Sonne, das Silber verdichteter Mond. Wir sprechen heute mit dem gleichen Bilde umgekehrt von der goldenen Sonne und dem silbernen Monde.

SPD. Der Schmetterling als Flugkünstler.^x Man ist im allgemeinen geneigt, die Schmetterlinge als schlechte Flieger zu betrachten, weil man sie meist nur raschend von Blume zu Blume fliegen sieht. Ein Naturfreund hat jedoch kürzlich im "Kosmos" eine interessante Beobachtung geschildert, die die Flugtechnik des Schmetterlings in einem ganz anderen Lichte erscheinen lässt. Ein Boot, das mit etwa 12 Kilometer Stundengeschwindigkeit über den Bodensee fuhr, wurde von zwei Kohlweisslingen eine lange Strecke begleitet und dabei mehrmals spielend überholt. Der eine Schmetterling, der anscheinend müde geworden war, liess sich plötzlich zur allgemeinen Ueberraschung auf die Wasseroberfläche nieder, ruhte sich ein Weilchen aus und flog dann wieder weiter. Die Beobachtung ergab mit aller Deutlichkeit, dass der Schmetterling auch breite Wasserflächen, wie z.B. den Bodensee an der breitesten Stelle, bequem und auch in verhältnismässig kurzer Flugzeit zu überfliegen vermag.
